Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1922

41 (17.2.1922)

Visual Library

No. 41 Karlsruhe, Freitag den 17. Februar 1922 42. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 12 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 12 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Ablagen abgeholt 11 M monatlich. — Einzelexemplare 50 ₰ | Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. | Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile 2.20 M. Die Reklamezeile 6.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Nach der Entscheidung

Berlin, 16. Febr. Die Abstimmungsschlacht ist geschlagen, die Schlachtberichte beginnen die Auffassungen und Erwartungen der einzelnen Lager wider zu spiegeln. In erster Reihe interessiert naturgemäß, was die Parteien zu sagen haben, bei denen das Schwergewicht der Entscheidung lag, die Deutsche Volkspartei, die den Kanzler stürzen wollte und die Unabhängigen, die ihm innerpolitisch ans Leben wollen, ihm aber außenpolitisch zu stützen bereit waren, und die sich daher spalteten. In der volksparteilichen Presse fällt besonders auf, wie schnell sie sich wenige Minuten nach der Abstimmung wieder zu der Erkenntnis zurückfindet, daß die große Koalition nun einmal unabwendbar nötig ist. So sagt die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"** mit einem Blick auf das, was hätte kommen können: „Das Verbleiben des Kabinetts Wirth war, wie die Dinge nun einmal lagen, fast der einzige Ausweg und vielleicht ist auch gerade diese Notwendigkeit das Wesentlichste gewesen, was für das Kabinett in dem Kampf der letzten Tage sprach". Das Blatt knüpft daran den neuen die Mahnung, den großen Gedanken der Zusammenarbeit nicht durch kleinliches Gezänk zu verschütten.

Die **„Freiheit"** begnügt sich mit der Feststellung „Es braucht nicht verschwiegen zu werden, daß in unserer Fraktion eine Minderheit für **Stimmenthaltung** eingetreten ist." (Es waren mindestens 40 Prozent. Die Red.)

Der **„Vorwärts"** schreibt: „Die blamierten Europäer bei der ganzen Geschichte sind freilich die Herrschaften von der Deutschen Volkspartei. Sie hatten sich eingebildet, wenn sie einmal kräftig ins Geschirre gehen, müßte alles vor ihnen zusammenknicken. Sie haben aber nichts bewiesen, als daß es, wenn man nur ernstlich will, auch ohne sie geht."

Das **„Berliner Tageblatt"** ist in der Kritik an der Haltung der Deutschen Volkspartei formell äußerst scharf. Und es mahnt die Deutsche Volkspartei sehr eindringlich, bei dem **Steuerkompromiß** endlich Farbe zu bekennen, damit nicht die Notwendigkeit drohe, eine **andere** Mehrheit zu suchen. In diesem Sinne scheint die Lehre der gestrigen Abstimmung dem Tageblatt von Bedeutung, von der es in bezug auf die Deutsche Volkspartei sagt: „Nun, gestern hat ihr eine regierungswillige Majorität im Reichstag gezeigt, daß es auch ohne sie geht, daß man der fortwährenden Wünsche, Bedingungen und Quertreibereien überdrüssig ist, die sie immer von neuem laut werden ließ."

Die **„Germania"** fordert eine Politik auf lange Sicht, diese aber sei nicht möglich, wenn eine Partei bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit aus der Koalition ausbricht. Man möge sich doch ein Beispiel am **Zentrum** nehmen, das nun schon die schwere Bürde der Verantwortung ohne Zaudern seit Jahren trägt. Das Hin- und Herschaukeln ist keine Politik, sondern führt höchstens dazu, den Anschluß an die aufbauenden Kräfte zu verpassen und sich in eine keineswegs glänzende Isolierung hineinzumanövrieren.

Die Auffassung der Opposition von der äußersten Rechten schließlich läßt sich aus folgenden kurzen Sätzen der **Deutschen Tageszeitung"** entnehmen: Hat sich somit der Kanzler nur mit Hilfe der Unabhängigen auf seinem Posten gehalten, so wird seine Politik in Zukunft noch mehr als bisher sich auf einem Weg befinden, den wir mit allen Schichten des deutschen Volkes für den Weg in den Abgrund halten. Außenpolitisch bedeutet dieser Weg die Fortsetzung der Erfüllungspolitik, über deren Verurteilung wir kein Wort mehr zu verlieren brauchen. Innerpolitisch bildet der Sieg des Reichskanzlers den Beginn einer neuen Schwächung der Staatsautorität zugunsten des linksradikalen Parteiterrors und auf Kosten des Bürgertums.

Die französische Presse und das Vertrauensvotum für Dr. Wirth

TU. Paris, 16. Febr. Das Ergebnis der gestrigen Abstimmung im Reichstag, das in franz. politischen Kreisen mit großer Spannung erwartet wurde, wird hier allgemein als ein Erfolg des Kabinetts Wirth bezeichnet. Der **„Figaro"** meint: „Die letzten Vorgänge im Reichstag bewiesen nur, daß die Deutschen noch nicht darüber einig geworden seien, wie sie sich ihrer Verpflichtungen entziehen und der Entente übers Ohr hauen könnten.

Der **„Gaulois"** hält die Existenz des Kabinetts Wirth für einige Monate gesichert und erklärt, daß Dr. Wirth ein unvergleichlicher Wandschirm sei, hinter dem Deutschland ungestört wieder zur Kraft kommen könne.

Das **„Echo National"** (Tardieu) ist der Ansicht, Wirth könne mit seiner Mehrheit bis zum nächsten Zwischenfall am Ruder bleiben, der kaum lange auf sich warten lassen werde. Der Sieg des Reichskabinetts sei hauptsächlich dadurch zu erklären, daß Deutschland nach dem Erfolg von Cannes weitere Erfolge von Genua erwarte.

Der **„Exzelsior"** sagt, die Verbündeten würden also das Vergnügen haben, weiterhin eine „Bußregierung" vor sich zu sehen, aber die Wiedergutmachungssache werde dabei kaum gewinnen.

Der **„Avenir"** gibt zu, daß Wirths Erfolg wider Erwarten groß sei; aber neue Vorstöße der Volkspartei, die Wirth sehr leicht zu Fall bringen könnten, seien zu befürchten.

Im sozialistischen **„Populaire"** führt **Grumbach** aus: Das Votum des Reichstages bedeutet nur den Beginn der großen Schlacht, bedeutet, daß Wirth jetzt die notwendige Energie findet, um der Großindustrie, die bis jetzt seine Wiedergutmachungspolitik planmäßig sabotiert hat, das Handwerk zu legen und der Berliner Berichterstatter des **„Petit Parisien"** charakterisiert die Lage mit einem Wort, das er auf der Presse-Tribüne gehört hat und das er in folgender Form zusammenfaßt „Es wird weiter gewurstelt!"

Um die Deutschen Werke

Antwortnote der alliierten Kommission

WTB. Berlin, 16. Febr. Als Antwort auf die Note der Deutschen Regierung vom 12. Februar 1921 über die Frage der Deutschen Werke hat der Vorsitzende der interalliierten Militärkommission Rollet, eine Note an das Auswärtige Amt gerichtet. Die deutsche Regierung wird aufgefordert, der Kommission bis zum 15. Mai das zukünftige Fabrikationsprogramm für die Werke Erfurt, Spandau-Haselhorst und Wolfgang bei Hanau und einen Uebersichtsplan, aus dem die Nutzbarmachung der für die zukünftigen Fabrikationszwecke in Betracht kommenden Werkstätten und Maschinen ersichtlich ist, zu überreichen. Die Note bestimmt weiter, daß die Fabrikationsweisen, die gegenwärtig verboten sind, provisorisch weiter betrieben werden können, aber nur in den Werkstätten, in denen sie sich jetzt abwickeln. In bezug auf die Entscheidungen der Kommission, die über die Zerstörung, sowie Zerstreuung von Maschinen der Werke Erfurt und Spandau ist, keine Aenderung eingetreten. Die Kontrolle der Distriktskommissionen über Verkäufe und Neubeschaffung von Maschinen bleibt aufrechterhalten. Die von der deutschen Regierung verlangte Fristverlängerung für die Zerstörung und Zerstreuung der Maschinen der Werke Spandau und Haselhorst wird zugestanden. Der Termin ist auf den 1. März verschoben worden.

Aus der französischen Kammer

WTB. Paris, 16. Febr. In der heutigen Kammersitzung wurde die Aussprache über die Ausgaben begonnen, die Deutschland nach dem Friedensvertrag von Versailles zur Last fallen. Der Berichterstatter führte aus, am 1. Januar 1922 habe Frankreich für das Konto Deutschlands vorgesehen 45 Milliarden für Reparation. Der gerechte Entschädigung vorgehende Friedensvertrag sei verschiedentlich abgeändert worden. Frankreich werde nur 80 Milliarden Goldmark erhalten, anstatt der zu zahlenden 136 Milliarden. Redner besprach darauf die kürzlichen Vorschläge der deutschen Regierung zur Sanierung ihrer Finanzen und betont zum Schluß, jedes Zugeständnis, das man an Deutschland mache, hätte zur unmittelbaren Folge, dem französischen Staatsschatz neue Last aufzuerlegen, die er nur schwer tragen könne. Ein weiterer Redner behauptete, Deutschland könne bezahlen. Er beglückwünschte die Regierung zu dem Entschluß, die vollständige Ausführung des Friedensvertrages zu erzwingen. Ministerpräsident Poincare wies darauf hin, daß es vollkommen unrichtig sei, zu sagen, daß der deutsche Steuerzahler größere Lasten trage, als der französische. Man müsse auch die indirekten provinziellen und Kommunalsteuern in Betracht ziehen. Die Weiterberatung wurde auf morgen nachmittag vertagt.

Die Verfolgung der Erzbergermörder

TU. Offenburg, 16. Febr. Die Meldung, wonach sich die beiden Erzbergermörder kürzlich in Budapest aufgehalten hätten, wird von hiesiger zuständiger Stelle bestätigt. Wie dem „Offenbg. Tagbl." hierzu weiter mitgeteilt wird, weiß man nicht, ob sich die beiden von Budapest geflüchtet haben, oder sich dort noch versteckt aufhalten. Wahrscheinlich ist das erstere der Fall. Die ungarischen Justizbehörden ließen die deutsche Kriminalpolizei arbeiten. Ein Antrag auf Auslieferung ist noch nicht gestellt, weil man die beiden Mörder ja noch gar nicht hat.

Weitere Erhöhung der Gütertarife

WTB. Berlin, 16. Febr. Die Ausgaben der **Reichsbahn** haben sich in der letzten Zeit bedeutend erhöht. An die Arbeiter werden erhöhte Stundenlöhne und besondere Ueberteuerungszuschüsse bezahlt. Die Teuerungszuschläge für die Beamten sind seit dem 1. Januor ds. Js. um 2000 M erhöht worden. Die Besatzungszulage hat eine Erhöhung um 50 Proz. erfahren. Die Belastung der Reichsbahn durch diese Beträge beläuft sich auf rund 3 **Milliarden Mark**. Da erfahrungsgemäß mit der Erhöhung der Bezüge auch eine Steigerung der Materialpreise eintritt, ist mit einer Ausgabensteigerung von insgesamt 6 Milliarden zu rechnen. Die Bewilligung von Ueberteuerungszuschüssen für Beamte steht noch bevor. Die Reichsbahn erhöht zur Ausgleichung dieser Mehrausgabe die Güter- und Expreßguttarife zum 1. März d. J. wiederum um 20 Proz. Die Privatbahnen sind ermächtigt worden, sich der neuen Tariferhöhung anzuschließen.

Verringerung der Eisenbahnbeamten

TU. Berlin, 17. Febr. In einer halbamtlichen Mitteilung über die Erhöhung der Gütertarife heißt es über die Verringerung der Eisenbahnbeamten im Haushalt für 1922, daß bereits über 50 000 Personen weniger vorgesehen sind, als zur Zeit vorhanden sind. Von diesen sollen schon bis 1. April 1922 20 000 Personen erspart werden.

Zusammentritt des Vorstandes der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter

TU. Berlin, 16. Febr. Heute vormittag ist der Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter in Berlin zusammengetreten, um zu der Frage der **Disziplinierung** Stellung zu nehmen. Die Vertreter der einzelnen Bezirke sollen heute über die von den Direktionspräsidenten und die von den nachgeordneten Dienststellen eingeleiteten Disziplinarverfahren und Entlassungen berichten und der Gewerkschaft Unterlagen für eine erneute Eingabe an die zuständigen Stellen geben. Wie verlautet, ist die Berliner Leitung der Reichsgewrkschaft bemüht, einen **neuen Konflikt** möglichst zu **vermeiden** und will auf ihre Unterorgane dahin wirken, daß vor Beendigung der Verhandlungen mit Minister Gröner **nicht neue wilde Streiks im Reich aufflammen**.

Eröffnung des internat. Gerichtshofes

Haag, 16. Febr. Gestern nachmittag fand in Gegenwart der königlichen Familie, von Mitgliedern der Regierung, Vertretern der Vereinigung für den Völkerbund und des diplomatischen Korps die feierliche Eröffnung des **permanenten internationalen Gerichtshofs** statt.

Sowjetrußland gegen jeden Streik

TU. Prag, 17. Febr. Nach einer Meldung aus Moskau erklärte **Sinojew** in einer Rede, die Sowjetregierung sei unter allen Umständen **gegen einen Streik in den Staatsbetrieben**. Auch in den Privatbetrieben müsse das Interesse der Arbeitnehmer hinter dem der Allgemeinheit zurücktreten.

Der Sieg des Kabinetts Wirth

Aus **Berlin** wird von dem Soz. Parl.-Dienst geschrieben:

Der Sieg, den die Regierung Wirth-Bauer-Rathenau am 15. Februar im Reichstag errang, war überraschend groß. Von 431 abgegebenen Stimmen fielen 230 auf das Vertrauensvotum zu der Regierung, 185 lauteten auf „Nein", 16 auf Enthaltung. Man hatte in den letzten Stunden vor der Abstimmung eine Mehrheit von 6—10 Stimmen für die Regierung herausgerechnet, in Wirklichkeit beträgt die Mehrheit 45, oder wenn man die Enthaltungen mit den „Nein"-Stimmen zusammenrechnet, immer noch 29. Der Reichstag hat zur Zeit 469 Mitglieder, bei vollbesetztem Hause würde die absolute Mehrheit 235 Stimmen betragen, also doch noch 5 Stimmen mehr, als Herr Wirth sie für das Vertrauensvotum erhalten hat. Tatsächlich haben sich aber nur 431 Abgeordnete an der Abstimmung beteiligt, 38 sind von ihr ferngeblieben. Die Bänke der Regierungsparteien waren also offenbar viel besser besetzt als jene der Opposition. Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion fehlte beispielsweise nur ein einziger Mann, der in Ostpreußen schwer krank darniederliegende Genosse Seemann. Bei den Demokraten und beim Zentrum, das durch die vier bayerischen Bauernbündler verstärkt wurde, während die bayerische Volkspartei sich der Abstimmung enthielt, scheint die Besetzung ebenso gut gewesen zu sein. Die Koalition hat also die Feuerprobe bestanden, sie hat sozusagen den letzten Mann auf die Beine gebracht und einen überraschend großen Sieg davongetragen.

Die 38 fehlenden Abgeordneten gehören offenbar, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, der Opposition an. Der Wille zu siegen, war hier offenbar nicht in dem gleichen Maße vorhanden wie bei den Koalitionsparteien. Einzelne der Absenzen mögen sich aus Gleichgültigkeit erklären lassen. Der weitaus größte Teil ist aber so zu erklären, daß verschiedene Abgeordnete, um sich dem Fraktionszwang zu entziehen, und nicht gegen die Regierung stimmen zu müssen, vor der Abstimmung den Saal verließen. Von der Fraktion der Unabhängigen wurden gleich nach der Abstimmung 10 Mitglieder namentlich genannt, die so gehandelt haben. Aehnlich scheint es auf der anderen Seite bei der Deutschen Volkspartei zugegangen zu sein.

Manche Leute behaupten, ein großer Teil der Unabhängigen hätte sich an den Bravorufen, mit denen die Koalitionsparteien das Ergebnis der Abstimmung begrüßten, stürmisch beteiligt. Aber das scheint uns doch nur eine boshafte Erfindung. Freilich, wer die Gesichter auf den Bänken der Unabhängigen in diesem Augenblick betrachtete, der sah ganz deutlich, wie sehr vielen Leuten ein paar schwere Steine von den Herzen fielen. Wäre die Regierung am Mittwoch gestürzt, so hätte es bei der U.S.P. nur einen Schreckensruf gegeben: „O weh, wir haben gesiegt!" So wie die Dinge nun gelaufen sind, konnte man sich mit einem stillen Gemurmel begnügen: „Gott und alle Heiligen seien gepriesen, wir sind geschlagen worden!" Die Situation, in die sich die USP. durch ihre rein parteiagitatorische Einstellung hineinmanövriert hatte, war allerdings so, daß es einen Hund hätte erbarmen können. Jedermann wußte, daß Helfferich und Stinnes, die Führer der Sturmtruppen waren, die gegen die Regierung angesetzt wurden, und dank ihrer glänzenden Taktik waren die Unabhängigen gezwungen, hinter dieser Führung mitsamt ihrem kommunistischen Schwanz hinter dreinzumarschieren. Crispiens und Dittmanns Tiraden wurden immerzu von höhnischen Rufen unterbrochen: „Also stimmt ihr mit Stinnes!" „Jetzt ist die Stinnes-Koalition mit euch fertig!" Und das ganze Haus widerhallte von Gelächter. Genosse Müller-Franken fertigte dann in einer der besten Reden, die er jemals gehalten hat, und die keine fünf Minuten dauerte, die unabhängigen Langredner so treffend ab, daß wirklich von ihnen nichts übrig blieb. Wohl niemals noch hat sich eine Partei in einer gleich bemitleidenswerteren Lage befunden, wie die USP. an diesem Mittwoch!

Nachdem der Kampf nun entschieden ist, muß alles dafür getan werden, daß der Sieg auch seine Früchte trägt. Darunter verstehen wir in erster Linie eine Politik der Reichsregierung, die den berechtigten Beschwerden der Beamten gerecht wird. Schon in der Mittwochsdebatte konnte der Reichsminister Gröner mitteilen, daß manche übereilte Maßnahmen, die in der ersten Hitze nach dem Streik getroffen wurden, wieder rückgängig gemacht worden sind. Man kann daraus ersehen, daß die Sozialdemokratische Partei während der letzten Krisentage im Interesse der Beamten nicht untätig geblieben ist. Sie wird aber jetzt, nachdem trotz des unsinnigen Verhaltens der Unabhängigen der Sturz der Regierung und die Bildung einer neuen Scharfmacherregierung verhindert worden ist, ihre Anstrengungen vervielfältigen müssen, um jeder Rachepolitik, die von untergeordneten Behörden getrieben werden könnte, einen sicheren Riegel vorzuschieben. Die Eisenbahner hatten in ihrem Kampfe sicher in vielem Unrecht; vor allem darin, daß sie unter Mißachtung aller gewerkschaftlichen Regeln in einen wilden Streik eintraten. Aber in einem haben sie sicherlich

Recht: Wenn man ihnen das Streikrecht absprechen wollte, wenn man das Streiken bei ihn schon an und für sich als eine strafbare Handlung ansehen wollte, dann hätte man ihnen das rechtzeitig sagen sollen und nicht erst, nachdem sie die Streikbewegung soweit vorwärts getrieben hatten, daß sie nicht mehr zurück konnten.

Von der Regierung Wirth erwarten wir, daß sie diesem Gesichtspunkte Rechnung tragen wird. Von einer Regierung, wie sie gekommen wäre, wenn die Rechte mit Hilfe der Unabhängigen und Kommunisten gesiegt hätte, hätten wir das freilich nicht erwarten können. Die sozialdemokratische Partei hat die Interessen der Arbeiter und auch der Beamten dadurch am besten gewahrt, daß sie durch geschlossene Abgabe aller ihrer Stimmen für den gestellten Vertrauensantrag das Zustandekommen einer Rechtsregierung verhinderte.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat

Berlin, 15. Febr. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat beriet heute den Bericht seines Ausschusses über **Siedelungs- und Wohnungswesen**, über den Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus vom 26. Juli 1921. Der **Berichterstatter** Wiedeberg begründete den Beschluß des Ausschusses, die in der Regierungsvorlage festgesetzte **Abgabe auf 100 Prozent** zu erhöhen. Maßgebend für diesen Beschluß war die Ueberzeugung, daß es auf Grund der im Londoner Ultimatum übernommenen Verpflichtungen nicht möglich sein werde, die erforderlichen **6 Milliarden pro Jahr** durch Anleihen aufzubringen. Auch die reichsgesetzliche Regelung der Mietfestsetzung (Reichsmietengesetz), sowie das Bestreben, das deutsche Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, war für den Ausschuß mit ausschlaggebend. — Für die Arbeitnehmer erklärte **Wiedeberg**, diese würden dem Ausschußantrag unter der Voraussetzung zustimmen, daß die Regierung dagegen Maßnahmen treffe, daß durch zu hohe Baustoffabgaben der größte Teil der Abgabe durch die Hände der Baustoffproduzenten und Baustoffhändler fließe. — Ministerialdirektor **Krüger** vom Reichsarbeitsministerium legte die Bedenken der Reichsregierung gegen die Erhöhung der Wohnungsabgabe auf 100 Proz. dar. — Stadtrat **Humar** (Hausbesitzer) warnte vor so hohen Zuschlägen, da infolge des Mangels an gelernten Bauarbeitern gar nicht so viel gebaut werden könne. Wirksamer als die Erhebung einer 100prozentigen Abgabe würde die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen infolge der Freigabe des Wohnungstausches und der Auswahl der Untermieter sein. — Frau **Kromer** vertrat den Standpunkt der Minderheit des Ausschusses, die den Augenblick für eine solche Erhöhung nicht als gekommen ansehe. Von **Richthofen** (Arbeitgebervertreter der Landwirtschaft) wollte die Sätze der Regierungsvorlage wieder hergestellt wissen und beantragte ferner die restlose Wiederzuführung der von der Landwirtschaft aufzubringenden Mittel an das Land. — Baumeister **Noack** (Handwerk) forderte einschränkende Aenderung der Vorschriften über die Größe der Wohnungen, für die Baukostenzuschüsse gegeben werden. — **Päplow** (Arbeitnehmer im Baugewerbe) verlangte Einstellung der nicht unbedingt notwendigen Bauten, Maßnahmen der Regierung gegen Wucher mit Baumaterialien und trat schließlich für den Ausschußantrag ein, den auch Baltrusch entschieden befürwortete. Dieser verlangte, daß der Reichswirtschaftsrat nicht nach der Gunst der Wählermassen schiele, sondern sich von volkswirtschaftlicher Erkenntnis leiten lasse. — Dr. **Herzog** (Arzt) befürwortet den Antrag, der für beruflich benötigte Räume von Angehörigen der freien Berufe einen Erlaß, eine Ermäßigung oder eine Stundung der Abgabe zuläßt. Diesen Antrag unterstützten als Vertreter der freien Berufe Geschichtsmaler **Marcus** und Chefredakteur **Georg Bernhard**. Unter Ablehnung der Anträge Richthofen und Herzog wurde der **Ausschußantrag** und mit dieser Maßgabe die Regierungsvorlage **angenommen**.

Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 10½ Uhr: Gesetzentwurf über Mieterschutz, Mieteinigungsämter, Aenderung der Organisation der Steuerbehörden, Maßnahmen gegen die Belastung der Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger durch die Brotpreiserhöhung. Schluß ½3 Uhr.

Rathenau bei Rollet

Ende letzter Woche hatte, wie die „P. P. N." hören, der Vorsitzende der Interalliierten Militärkommission in Berlin, General **Rollet**, eine Unterredung mit dem neu ernannten **Außenminister** Dr. **Rathenau**. Die Unterredung war lediglich eine allgemeine Besprechung des **Standes der Abrüstung** und der damit zusammenhängenden Fragen; sie entsprang dem Wunsche des französischen Generals, die Ansichten des neuen Außenministers über die Fragen der Durchführung der Entwaffnung kennen zu lernen. Entgegen deutschen und vor allem auch Pariser Meldungen, die von einer **neuen Entwaffnungsnote** zu berichten wissen, sind bei dieser Besprechung **neue** Forderungen auf dem Gebiete der Entwaffnung **nicht** gestellt worden. Es sind lediglich die zur Zeit schwebenden Fragen einer Erörterung unterzogen worden, zu denen in erster Linie auch die Erledigung des **Petersdorfer Zwischenfalles** in Oberschlesien mit seinen weiteren Folgerungen gehört haben dürfte.

Aus der Partei

Der Sozialismus einst und jetzt. Streitfragen des Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart von Eduard Bernstein. 1922. Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 20 M. Eduard Bernstein hat im Sommerhalbjahr 1919 an der Berliner Universität „Gastvorlesungen" über die Grundfragen des Sozialismus gehalten, Vorlesungen, die den Hörer mitten hinein in die großen Streitfragen des Sozialismus führen. Mit dem Freimut, der den theoretischen Führer des deutschen Revisionismus von jeher ausgezeichnet hat, behandelt er die Werttheorie, die Lehre vom Klassenkampf, die Marxsche und Lassallesche Staatstheorie, den Bolschewismus 2c. Sehr lichtvoll sind seine Ausführungen über den vorgeschrittenen Kapitalismus, über die Klassenbildung und Klassengliederung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, über die Rückwirkungen des Krieges auf die Wirtschaftsentwicklung und ihre Probleme. Das eigentliche wissenschaftliche Fundament des modernen Sozialismus sieht Bernstein in der von Marx und Engels ausgestalteten Entwicklungstheorie, in der mit voller Klarheit „der Gedanke von der organischen Natur der sozialen Entwicklung zum Unterschied von der Auffassung dieser Entwicklung als eines mehr mechanischen oder chemisch bestimmten Vorgangs zu seinem Recht kommt." Mit diesen Worten charakterisiert Bernstein selbst trefflich eine eigene hohe Betrachtungsweise des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses, dessen Wesen er lebendig und volkstümlich zur Darstellung bringt.

r. **Muggensturm**, 16. Febr. Der Bildungsvortrag am nächsten Samstag, 18. Febr., findet nicht im Gasthaus zum „Lamm" statt wie bekannt gemacht wurde, sondern im Gasthaus zur „Sonne". Die Parteigenossen werden gebeten, dieses zu berücksichtigen und für zahlreichen Besuch Sorge zu tragen.

l. **Kuppenheim**, 17. Febr. Samstag, 18. Febr., abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zur „Linde" eine Parteiversammlung mit Neuwahl statt. Kein Mitglied darf fehlen.

Palmbach. (Sozialdem. Verein.) Heute Freitag den 17. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokal zum „Ochsen" die **Generalversammlung** des Sozialdem. Vereins statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung wird ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Grünwettersbach, 15. Febr. Kommenden Sonntag nachm. 2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Adler" eine Versammlung sämtlicher Industriearbeiter von Grünwettersbach, Hohenwettersbach und Palmbach statt. Gen. Betriebsrat Pfalzgraf aus Durlach wird einen Vortrag über die „Entwicklung der Industrie" halten. Es ist Pflicht sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen, zu erscheinen.

b. **Zell a. H.**, 14. Febr. Der letzten Sonntag stattgefundene Bildungsvortrag war gut besucht. Gen. Dr. Bührer-Offenburg sprach in vorzüglicher Weise über die Badische sowie über die Reichsverfassung. Die Anwesenden dankten dem Redner für die lehrreichen Ausführungen mit herzlichem Beifall. Ein weiterer Vortrag wird folgen; näheres wird noch bekannt gegeben.

Jugend und Sport

Bezirkstag des 3. Bezirks des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

Am Sonntag, den 19. Februar 1922, vormittags 8 Uhr beginnend, findet in Karlsruhe-Beiertheim, Gasthaus „Zum Wintergarten", der Bezirkstag mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftliches. 2. Geschäftsberichte. 3. Vortrag über die Arbeitersportbewegung. 4. Bundesfest in Leipzig. 5. Neuwahl des Bezirksausschusses. 6. Bezirks- und Gruppenveranstaltungen. 7. Anträge und Wünsche. — In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung muß jeder Verein durch einen Delegierten vertreten sein. Auf je 100 Mitglieder kommt ein Delegierter.

Fußball. Sonntag, 19. ds. Mts., Entscheidungsspiel Fr.T. Karlsruhe III — Fr.T. Hagsfeld III in Hagsfeld.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Badische Politik

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern

wurde am Mittwoch in zwei Sitzungen weiterberaten. Da die allgemeine Debatte bereits am Tage vorher erfolgt war, konnte zur Beschlußfassung über die einzelnen Abteilungen übergegangen werden. Beanstandungen erfolgten im wesentlichen nicht, auch die gepflogenen Debatten bewegten sich fast durchgängig im Rahmen der Voranschlagstitel.

Bei der Position: **Wirtschaftliche Vertretung der badischen Regierung in Berlin** gab man seiner Befriedigung Ausdruck, daß diese in guten Händen sei. Auf eine **sozialdemokratische** Anfrage teilte der Minister des Innern mit, daß das Ministerium über alle geschäftlichen Angelegenheiten der Berliner Vertretung unterrichtet sei. Ueber die **Titelfrage** wurde bei der Abteilung: Bezirksverwaltung und Polizei gesprochen. Man beklagte allgemein die Titelsucht, mußte aber feststellen, daß die vom Reichstag beschlossene Besoldungsordnung uns im Süden ebenfalls die vielen unverständlichen Titel gebracht hat. Vor allem bedauerte man, daß einzelne Gemeinden auf diesem Gebiete noch besonderes leisteten.

Unter Bezugnahme auf die in der letzten Sitzung gemachten Aeußerungen über den **Eisenbahnerstreik** teilte der Minister des Innern mit, daß man in Heidelberg von der Belästigung Arbeitswilliger durch Streikposten nichts weiß. In **Karlsruhe** sei ein arbeitswilliger Lokomotivführer erst nach der Beendigung des Ausstandes durch Streikende belästigt worden. Die Polizei habe damit nichts zu tun. Ein **sozialdem.** Redner gab seinem Mißfallen über die oft für die Polizei für Entdeckung von Verbrechern ausgesetzten hohen **Belohnungen** Ausdruck. — Ein Regierungsvertreter versprach mögliche Abhilfe. Die erzielten Belohnungen flößen zwar durchgängig in allgemeine Kassen, aber selbstverständlich dürfe die Entdeckung von Verbrechen nicht von einer ausgesetzten Belohnung abhängig gemacht werden. — Ein **sozialdem.** Vertreter aus Mannheim redete der höheren Einstufung einiger Mannheimer Polizeibeamten das Wort. Bei der Position: **Förderung des Feuerlöschwesens** verlangten einige Abgeordnete, darunter auch ein Mannheimer **sozialdem.** Vertreter finanzielle Zuwendungen für die großen Städte, da sie besonders große Ausgaben durch ihre Feuerwehren und durch die Anschaffung und Instandhaltung der Feuerlöschgeräte hätten. Vorgeschlagen wurde auch, daß die elektrischen Leitungsdrähte öfter, auch auf dem Lande, untersucht würden, damit nicht so oft Kurzschluß eintreten kann. Das zu diesen Drähten verwandte Material sei nicht immer gut. Diese Revision hätte alljährlich stattzufinden. Der **Minister** erklärte, die Gemeinden erhalten zur Förderung des Feuerlöschwesens entsprechende Unterstützung, für die Städte sei die Durchführung schwieriger. Es brenne aber auch auf dem Lande öfter wie in der Stadt.

Beim Kapitel: **Medizinalwesen** gibt der Referent eine Statistik über die **Geschlechtskrankheiten** nach den Angaben von Aerzten in Krankenhäusern bekannt. Darnach hätte sich diese furchtbare Krankheit in der letzten Zeit doch vermindert. Auf 1000 Einwohner entfielen im Reiche 2,2 Prozent, in Baden 1,7 Prozent Geschlechtskranke. Das Staatsgeschenk für **Goldene Hochzeiten** soll von 200 M auf 500 M erhöht werden. Ein **sozialdem.** Redner wünscht anderen, geistig höherstehenden Lehrunterricht für die heranzubildenden Polizeimannschaften. Bei der Wahl der **Zeitungslektüre** dürften den Polizeibeamten keine Schwierigkeiten gemacht werden. Ein Regierungsvertreter erklärt, die Richtlinien für den Unterricht bestimme das Reich. Es handle sich aber auch darum, die Leute so auszubilden, daß sie später beim Empfang ihres Zivilscheines auch draußen im Leben etwas leisten können. — Der **unabhängige** Vertreter erklärt noch, daß er den Polizei-Etat, wie überhaupt den Gesamtvoranschlag ablehne.

Die Heil- und Pflegeanstalten

wie sie im Voranschlag des Ministeriums des Innern in Einnahme und Ausgabe verzeichnet sind, beschäftigten vollständig die Donnerstag-Vormittagssitzung des Haushaltsausschusses; denn diese Anstalten kosten den Staat viel Geld, 9 Millionen Mark mehr wie bisher, wie der Minister des Innern bei dieser Gelegenheit ausführte. Besprochen wurde die **Arbeitszeit** des Pflegepersonals, bei der man die Arbeitsbereitschaft in Betracht ziehen muß. In Bayern und Sachsen hat man dafür 60 Wochenstunden, in Württemberg 62 Stunden angesetzt. Bei uns haben die Handwerker 48 Stunden, das Kochpersonal 54 Stunden Wochendienst. Was von Bayern und Sachsen auf Baden übertragen werden kann, harrt noch der Regelung. Die Einreihung der Hauspfleger in Wiesloch und einiger anderer Pflegergruppen in die Besoldungsordnung wurde ebenfalls erwähnt und beschlossen, bei der generellen Besprechung der Höherstufungsfrage nochmals darauf zurückzukommen.

Zugleich ergab sich eine längere Aussprache bei dem Kapitel: **Tarifvertrag oder Besoldungsordnung** für die Pfleger. Ein

---

6

Ein alter Schauspieler

Erzählung von Paul Gyulai

(Fortsetzung.)

„Ich bitte tausendmal um Entschuldigung — es lag sicher nicht in meiner Absicht, Sie zu beleidigen. — Wie könnte das nur möglich sein, verehrter Herr Direktor, Ich will ja selbst Schauspieler werden und zwar gerade bei Ihrer Gesellschaft. Ich bitte tausendmal um Entschuldigung —"

„Was, Schauspieler?" — rief er aus, eine noch würdevollere Haltung annehmend. — „Hat Er denn Aristoteles, Quintilian, hat Er Hugo Blairs Studien gelesen? — Weiß Er denn, wer der große Roscius, der göttliche Garrick, der unsterbliche Talma gewesen? Hat Er jemals etwas von Shakespeare, von Schiller und Kotzebue, von Iffland, von Ziegler und vielen Anderen gehört, die ich nicht herzählen will? Weiß er denn, was Deklamation heißt, was Mimik, was Gestikulationen sind?"

Ich wollte ihm jetzt Rede stehen, er ließ mich jedoch nicht zu Worte kommen.

„O, es ist keine so leichte Aufgabe, wie dies viele und respektive der Herr glauben. Viel gehört dazu, mehr als ein paar rote Schuhe, viel sage ich, ja sogar noch mehr als viel und was ich sage, das steht. Wahrhaftig, so ist es! Ist Er Patriot genug, um mit heroischer Todesverachtung auf dieser endlosen Ringstätte vaterländischer Kultur zu kämpfen? Und wenn ja, fühlt Er Talent, Genie und Beruf dazu in sich? Weiß Er denn auch, was Talent, Genie, Beruf sind? Hat Er je etwas von Psychologie gehört, ja ich wiederhole es: von Psychologie? — Sieht Er ich habe mein ganzes Leben hindurch Psychologie studiert. Die Welt, der profane vulgus, nennt mich einen Lumpen. Ha, diese elenden Zoiluse begreifen es ja nicht, daß ich nur „Künstler" bin! — Ich gehe in die Wirtshäuser, ich spiele Karten, ich kneipe, prügle mich herum, weil ich das Leben studieren muß. So tat auch Kean, jener berühmte britische Mime, und so handelte auch Paul Bodaky von Vamos-Pires, denn der Herr möge wissen, daß ich auch Edelmann bin, was Kean übrigens nicht war. Erinnert Euch doch an den ersten Moment unseres Zusammentreffens, mein Herr! Sagte ich da nicht gleich, daß es ein eigentümlicher, ein wunderbarer sei? Der Herr wagte es, dies zu widerlegen — nun — hatte ich nicht Recht? — Ihr wollt Schauspieler werden und ich bin Direktor. Und was für ein Direktor! Ich hatte eben meine nächtlichen Studien beendet, als mich der traurige Gedanke überschlich: wer mich wohl ersetzen könnte, wenn etwa das Alter meinem Haupte die Schlafmütze des Todes aufsetzen wird? Soll ich jetzt die Folgerung ziehen, versteht mich der Herr, hat Er mich auch wirklich aufgefaßt, könnt Ihr mich denn auch begreifen?"

„Ja, verehrter Herr Direktor!"

„Sehr schön. Aus dem Herrn kann bei tüchtiger Leitung noch etwas werden. Wir werden schon sehen. Jetzt kann Er mir folgen."

Unterwegs war er in tiefes Brüten versunken und ich wagte es nicht, ihn in seiner Ruhe zu stören. — Wir erreichten bald den städtischen Ballsaal und ließen uns dort vor Thaliens und Terpsichorens gemeinschaftlichem Tempel, wie sich Herr von Bodaky auszudrücken pflegte, nieder.

„Es ist bereits acht Uhr vorüber, die Probezeit ist da und die liederlichen Schufte sind noch nicht hier. Na, es ist gut, und wenn ich sage es ist gut, so heißt das so viel als, es ist schlecht, das heißt für sie: das ziehe ich ihnen an der Gage ab!"

Und während er dies sagte, setzte er sich auf einen mit Goldpapier überklebten Stuhl, der sonst als Thron zu dienen pflegte. Mich hieß er nicht sitzen. Dort stand ich vor ihm wie ein Kirchendeputierter ud antwortete auf seine Fragen, die unerschöpflich waren, und gaffte die Dekorationen an, die jedoch die Eigenschaften seiner an mich gerichteten Fragen nicht im geringsten teilten.

Nachdem er mich über meine Verhältnisse verschiedenes ausgefragt, sprach er endlich weiter:

„Also der Herr ist von diesem Augenblicke an Mitglied meiner Gesellschaft. Nach einem Probemonat engagiere ich Ihn mit Kontrakt. Während dieses Probemonats bekommt er keine Gage, nur Geschenke, das heißt Schinken und Gänsebraten, wie wir solche von unsern Gönnern erhalten. Wenn er gut spielt, so wird es mir auch hie und da um einen Zwanziger nicht zu tun sein, dann bekommt Ihr die neuesten, die in der Kasse sind. Seine Pflichten aber muß Er pünktlich erfüllen. Weiß Er was das heißt, junger Mann? Er wird jede Rolle spielen, die Ihm zugeteilt wird, Theaterzettel schreiben, die Eintrittskarten ordnen und die Requisiten besorgen. Bei meiner Gesellschaft ist dies stets Pflicht des jüngsten Schauspielers. Heute werden „Die Räuber" gegeben. Du wirst den Carl Moor spielen — ja, du, denn ich pflege meine Schauspieler immer per du anzureden. Mein erster Liebhaber wurde gestern Schulden halber eingesperrt — und ich spiele die „gesetzteren" Helden lieber und dann habe ich heute auch gar keine Lust Komödie zu spielen; also wirst du den Carl spielen. Hast du die Rolle studiert?"

„Ja."

„Nun, das gefällt mir, ein genialer Kerl muß Alles wissen."

Er hatte diese Worte kaum ausgesprochen, als drei Männer eintraten, die sehr hübsch frisiert waren, deren Kleider aber bereits sehr abgetragen schienen. Der eine hatte einen etwas besseren Rock, aber zerrissene Schuhe, bei dem andern war dies umgekehrt der Fall.

Herr von Bodaky begrüßte sie mit Flüchen und zwar deklamierend.

Die drei Männer stellten sich kalt vor ihn hin, sahen ihn dann höhnisch an und machten spöttische Gesichtsverzerrungen.

„Sind Sie ein Narr?" lispelte der Eine.

„Haben Sie einen Rausch?" brummte der Andere.

„Sind Sie verrückt?" brüllte der Dritte.

Herr von Bodaky geriet in Zorn und fluchte und deklamierte noch heftiger, die drei anderen blieben ihm nichts schuldig, worauf er noch gröber entgegnete, noch lauter deklamierte. Es entstand ein schrecklicher Streit und furchtbarer Lärm, denn der Direktor wollte, wahrscheinlich meinethalben, seine Würde mehr respektiert sehen als sonst und die ernsthafteste Schlägerei war sehr nahe, als eine Dame mit einem Federhut eintrat.

„Hier gehts ja zu wie auf einem Zigeunermarkte!" rief sie mit Anstand aus. „Aber Bodaky, du schonst dich doch gar nicht, Bodaky, dich verzehren noch Gift und Galle, und — Sie, meine Herren, könnten wenigstens mich ein wenig schonen."

„Aber Schätzchen" — antwortete einigermaßen beruhigt der Direktor — „es ist schrecklich, fürchterlich, es ist gräßlich, was diese Menschen treiben. Zur Probezeit halten sie die Stunden nicht ein und anstatt des nachts ihre Studien vorzunehmen, lumpen sie herum! Sie spielen Karten, trinken, ha! Sie fluchen! Sieh, jetzt sind sie auch betrunken. Gestern war Gagentag — ich wette darauf, daß sie ihr ganzes Geld schon verspielt, ohne ihre Schulden bezahlt zu haben. Sie werden auch eingesperrt werden wie mein sonst wackerer und mit Talenten reich begabter Romeo, ich werde aber dann einsam dasitzen wie Marius auf den Ruinen von Carthago und du, meine teure Elise," fügte er, nun sentimental geworden, hinzu, die Hand seiner Frau ergreifend, — „du verbannter Engel, Wandelstern du an dem Himmel unserer vaterländischen Kunst, Lorbeerpreis meiner bisherigen Kämpfe, einzige Blume in dem gewittervollen, traurigen Winter meines Lebens; können wir dann zu Zweien spielen? Schrieben Dichter denn Dramen für zwei Personen: können wir uns denn von fünf Personen auch noch reduzieren? Um Gotteswillen, antworten Sie, reden Sie, sprechen Sie!"

(Fortsetzung folgt.)

demokratischer Redner forderte das letztere. Es wurde aber durch die Regierung nachgewiesen, daß sich die Sache fast von selbst ergebe, indem nur noch 10 Pfleger und 249 Pflegerinnen nach Tarif entlohnt werden; die übrigen sind in die Besoldungsordnung eingereiht. Je besser in dieser die unteren Gruppen entlohnt werden, desto weniger strebt das Pflegepersonal darnach, nach dem Tarif, der allerdings eine höhere Entlohnung wie für die Beamten vorsieht — bezahlt zu werden. — An diesen Debatten, die Arbeiterfragen betrafen, beteiligte sich r[illegible] auch die sozialdemokratische Fraktion und trat für die Wünsche des Pflegerpersonals ein. Konstatiert wurde eine **Zunahme der Geisteskranken**, hervorgerufen durch Alkoholismus und Syphilis. Durch Aufklärung über diese Volksgefahr solle Besserung versucht werden. Der **Musikpflege** und der **Seelsorge** will man auch ferner Rechnung tragen, aber versuchen, die erstere durch Beamte im Nebenberuf versehen zu lassen. Allgemein wurde die gute Einwirkung der Musik auf das Gemütsleben der Kranken anerkannt. **Pflegerschulen** bestehen für Männer in der Illenau, für Frauen in Wiesloch, Illenau und Konstanz. Gewünscht wurde, insbesondere von sozialdemokratischer Seite, **rasches Bauen** in den Heilanstalten, wo es in Aussicht genommen ist. Denn die Materialienpreise seien wieder im Steigen begriffen. Gegenüber der Friedenszeit sei das Bauen, wie der Sachverständige ausführte, um rund 2000 Prozent teurer geworden.

Deutscher Reichstag

Schiedsgerichtsvertrag und Reichsmietengesetz

Tll. Berlin, 16. Febr. Am Donnerstag stellte sich der neue Außenminister Dr. Rathenau dem Reichstag vor. Gelegenheit dazu gab ihm der deutsch-schweizerische Schiedsgerichtsvertrag, nach dem Deutschland und die Schweiz sich verpflichten, alle Streitigkeiten irgend welcher Art, die zwischen ihnen entstehen und nicht in angemessener Frist geschlichtet werden können, entweder einem Schiedsgerichtsverfahren oder einem Ausgleichsverfahren zu unterwerfen. Dr. Rathenau erklärte, er hätte gerne dem Hause näheres über die Tendenzen der deutschen Außenpolitik mitgeteilt. Hierfür sei jedoch der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Er charakterisierte sodann den Vertrag als eine Stellungnahme Deutschlands zum Gedanken der Schiedsgerichte und als gutes Vorbild für eine friedliche deutsche Zukunft. Gerechtigkeit sei die Vorbedingung jeglicher Arbeit, also auch die Vorbedingung des europäischen Wiederaufbaues. In der Aussprache bekannten sich alle Redner zu dem Grundgedanken des Vertrags.

Nach der Debatte hierüber wurde die Beratung des Reichsmietengesetzes fortgesetzt. Mehr als 50 Abstimmungen fanden statt, ohne daß der Entwurf des Ausschusses wesentliche Aenderungen erfuhr. Da die Mehrheitsverhältnisse nicht immer durchsichtig waren, waren fortwährend Hammelsprünge notwendig, sodaß die Reichstagsabgeordneten dauernd hin und her wandelten. Zu den Regierungsparteien gesellten sich auch öfters die Unabhängigen. Vielfach wurde mit Zufallsmehrheiten entschieden, sodaß die Vorlage sicherlich noch in dritter Lesung manche Aenderung erfahren wird. Das Gesetz soll am 1. Juli in Kraft treten.

Sitzungsbericht

Tll. Berlin, 16. Febr. Am Regierungstisch Außenminister Dr. **Rathenau**.

Präsident **Löbe** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. und richtet an die Abgeordneten die Mahnung, während der ganzen Sitzung anwesend zu bleiben, da beim Reichsmietengesetz 50 Abstimmungen vorzunehmen sind. (Unruhe.)

Das Gesetz betreffend die Aufhebung der Bekanntmachung des Bundesrats über die Errichtung von Betriebsverbänden in der Binnenschiffahrt wird an den Ausschuß zurückverwiesen.

Der deutsch-schweizerische Schiedsgerichtsvertrag

Nach diesem Vertrag verpflichtet sich Deutschland und die Schweiz, alle Streitigkeiten irgendwelcher Art, die zwischen ihnen entstehen und nicht in angemessenen Fristen geschlichtet werden können, entweder einem Schiedsgerichtsverfahren oder einem Vergleichsverfahren zu unterwerfen.

Außenminister Dr. **Rathenau** leitet die erste Lesung ein und stellt sich dem Hause vor. Er erklärt, daß er gerne die Gelegenheit benutzt hätte, um sich über die Tendenzen der deutschen Außenpolitik zu äußern; hierfür sei jedoch der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der vorliegende Vertrag ist eine gute Unterlage für eine friedliche deutsche Zukunft. Er wird geschlossen mit einem Lande, mit dem uns jahrhundertelange Gemeinschaft der Kultur und enge Handelsbeziehungen verbinden; es ist ein Vertrag des ausgleichenden Rechts, eine neue Stellungnahme Deutschlands zum Gedanken des Schiedsgerichts. Der Vertrag schreibt wie kein anderer vor, alle nur denkbaren Differenzen zwischen den zwei Staaten auf friedlichem Wege auszugleichen. Ich hoffe, daß der Gedanke und die Fassung dieses Vertrages den Beifall des Hauses findet und daß sich bald ähnliche Verträge mit andern Staaten ihm anschließen. Solange es nicht eine einzige Zentralinstanz zur Schlichtung solcher Streitigkeiten gibt, sind einzelne Schiedsgerichtsverträge notwendig.

Abg. Dr. **Schücking** (Dem.) begründet als Vorsitzender der deutschen Gruppe der interparlamentarischen Union den Abschluß dieses Vertrages. Der Redner erinnert an Streitigkeiten früherer Jahrhunderte, die dazu führten, daß Deutschland immer wieder fremde Heere auf seinen Gebieten sah. Kaiser Friedrich III. war ein Anhänger des internationalen Rechts Europas und hat schon als Kronprinz einen Völkerrechtslehrer beauftragt, ihm einen Plan für eine internationale Organisation Europas auszuarbeiten. Wilhelm II. hat diesen Gedanken abgelehnt. Für ihn war der Machtgedanke ausschlaggebend. Auch die Wissenschaft hat zu sehr dem Machtgedanken gehuldigt; darum stand man dem Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen ablehnend gegenüber. Im Jahre 1907 hat das Deutsche Reich nicht weniger als 17 Schiedsgerichtsverträge abgelehnt. Wir müssen auf der ganzen Linie den Kampf des Rechts gegen die Gewalt führen. Das Völkerrecht muß einen viel größeren Raum einnehmen. Die Kriegsbroschüren deutscher Professoren sollte man auf einem Scheiterhaufen verbrennen. Seit der Zeit hat die Welt viel gelernt, das zeigt der Erfolg der Konferenz von Washington. Napoleon hat mit Recht auf St. Helena gesagt: „Letzten Endes siegt der Gedanke über das Schwert!"

Abg. Dr. **Braun**-Franken (Soz.) sieht in dem Vertrag eine neue Aera internationalen Zusammenhangs und freut sich, daß gleichzeitig der Weltgerichtshof ins Leben getreten ist.

Abg. **Kahl** (D.Vp.) spricht seine Genugtuung über diesen Vertrag aus, der der erste Versuch nach dem Kriege sei, Streitigkeiten zwischen den Völkern friedlich zu schlichten. Der Redner bestreitet, daß die preußische Geschichte sich nur auf dem Machtgedanken aufgebaut habe. Selbst Moltke habe erklärt, daß auch ein siegreicher Krieg ein nationales Unglück sei. Die Gewalt ist am wenigsten das Ziel Preußens gewesen. (Lachen links.) Alle Streitigkeiten zwischen den Völkern können nicht durch Schiedsgerichte aus der Welt geschafft werden. Wir wollen alles fördern, was eine friedliche Schlichtung zum Ziele hat, aber wir wehren uns gegen Uebertreibungen. Nach Versailles ist die Entscheidung über Oberschlesien gefallen. Das zeigt keine Einkehr bei unseren Gegnern. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Schreiber** (Ztr.) erinnert daran, daß die deutsche Kultur der Schweiz außerordentlich viel zu verdanken habe. In der Idee des Völkerbundes liegt etwas großes, durchaus christliches. Dieser Gedanke wird siegen.

Abg. Dr. **Breitscheid** (Unabh.) stimmt dem Vertrag zu, weil er eine Abkehr sei von der alten Politik Deutschlands vom Jahr 1907. Es wurde auf Oberschlesien verwiesen. Ist denn Elsaß-Lothringen 1871 auf dem Weg des Rechts an Deutschland gekommen? (Große Unruhe rechts). Der Monarch, der von Ihnen (nach rechts) der große Kurfürst genannt wird, hat die Abtrennung Elsaß-Lothringens an Frankreich vertraglich gebilligt. (Große Unruhe, Rufe: Vaterlandslos!)

Abg. **Fröhlich** (Komm.) erklärt es für eine Illusion, wenn man von solchen Verträgen ewigen Frieden erhoffe.

Der Vertrag wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Angenommen wird ferner der österreichisch-deutsche Vertrag in der Angelegenheit der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.

Darauf steht das

Reichsmietengesetz

zur Behandlung.

Abg. **Bazille** (DN.) fragt an, welche Gründe den Reichstag zu der Anschauung gebracht haben, daß das Gesetz ein verfassungsänderndes sei und welche Gründe die Regierung für ihren gegenteiligen Standpunkt habe.

Ministerialdirektor Dr. **Ritter** erwidert, daß nach der Verfassung das Reich die Befugnis habe, Grundgesetze für das Wohnungsrecht aufzustellen. Der Reichsrat war der Meinung, daß das Gesetz über das hinaus gehe, was man Grundgesetz nennen könne. Die Regierung bestreite das. (Lachen rechts.) Der Präsident erklärt, daß diese Frage erst bei der Gesamtabstimmung über das Gesetz praktisch werde. Es folgen die Abstimmungen. Ueber den Antrag Stresemann (D.Vp.) auf Streichung des § 1 Abs. 3 (Nachprüfung des Mietzinses durch das Einigungsamt auf Verlangen der Gemeindebehörden) muß im Hammelsprung entschieden werden. Der Antrag wird mit 169 Stimmen der Linken gegen 129 Stimmen der Rechten abgelehnt; die Demokraten und das Zentrum stimmten nicht einheitlich. Auf Antrag der Sozialdemokraten wird mit der gleichen Mehrheit der Absatz 4 des § 1 wieder hergestellt. Das Mieteinigungsamt soll auch von amtswegen eingreifen können.

Abg. **Gutknecht** (D.N.) erklärt, daß die immer von neuem eingebrachten Anträge beweisen, daß das Gesetz noch nicht reif sei.

Angenommen werden die Anträge Müller-Franken (Soz.), Marx (Ztr.), Frau Dr. Bäumer (Dem.) und Ledebour (Unabh.), wonach zur Schaffung von Mitteln große Instandsetzungsarbeiten von den Mietern ein weiterer Zuschlag in einen Hundertsatz der Grundmiete zu zahlen ist, der von der obersten Landesbehörde festgestellt wird. Dieser Zuschlag ist von dem Mieter in ein von dem Hausbesitzer besonders einzurichtendes Konto einzubezahlen und lediglich für große Instandsetzungsarbeiten an den Gebäuden der Vermieter zu verwenden.

Angenommen wird auch § 8 in der Form, daß die Gemeindebehörde berechtigt ist, die Arbeiten selbst vorzunehmen, wenn der Vermieter trotz Aufforderung eine größere notwendige Instandsetzungsarbeit innerhalb einer angemessenen Frist nicht ausführt.

Abg. Dr. **Külz** (Dem.) beantragt Streichung von § 16, der von der Mietervertretung handelt. Dieser Paragraph steht abseits jeder praktischen Erfahrung. Man kann die großstädtischen Verhältnisse nicht auf das Land übertragen. Ein Mieterrat würde das ganze häusliche Leben auf dem Land über den Haufen werfen — Die Abgg. Gutknecht (D.N.) und Beythien (D.Vp.) treten gleichfalls für Streichung ein.

Der Antrag Külz auf Streichung der Mietervertretung wird im Hammelsprung mit 151 gegen 122 Stimmen **abgelehnt**; die Mietervertretung bleibt also betreten. — In § 22 wird die **Geldstrafe**, die Vermietern im Falle falscher Angaben auferlegt wird, von 10 000 auf 100 000 M **erhöht**. Das Gesetz tritt mit dem 1. Juli 1922 in Kraft. Die Reichsregierung bestimmt mit Zustimmung des Reichsrats den Zeitpunkt der Außerkraftsetzung. Damit ist die zweite Lesung erledigt.

Außerhalb der Tagesordnung behauptet Abg. **Dittmann** (Unabh.) daß die vom Reichsverkehrsminister **Gröner** angekündigte Verfügung zur Nachprüfung der Disziplinierungen noch nicht ergangen sei. (Hört, hört! links.) — Staatssekretär Bieler stellt fest, daß die Verfügung gestern abend bereits den Direktionen zugegangen ist. (Lebh. Hört, hört! rechts.)

Das Haus vertagt sich auf Freitag 2 Uhr; Anfragen, Vorlage zur Förderung des Wohnungsbaus. — Schluß 7 Uhr.

Gildensozialismus und Gewerkschaften

Von A. Ellinger.

In England hat im letzten Jahrzehnt eine Bewegung Bedeutung erlangt, die sich die praktische Verwirklichung des wirtschaftlichen Sozialismus durch die Gewerkschaften zum Ziel setzt. Sie will keinen Staatssozialismus — den sie als Staatskapitalismus ansieht und von dem sie keine Erlösung der Arbeiter aus wirtschaftlicher Unfreiheit erwartet —, sondern sie will die **Gewerkschaften zu Trägern der Wirtschaft** machen. Diese Bewegung ist der **Gildensozialismus**.

Das Wort „Gildensozialismus" erinnert lebhaft an das Zunftwesen des Mittelalters. Der Gildensozialismus hat aber mit dem Mittelalter gar nichts zu tun, sondern weist weit in die Zukunft hinein. Er erstrebt nicht die Rückbildung der heutigen Gewerkschaften zu Zünften, sondern ihre Fortbildung zu großen Wirtschaftskörperschaften, deren Aufgabe die Kontrolle der Produktion und die Führung der sozialistischen Wirtschaft sein soll. Er erstrebt den Zusammenschluß der heutigen Fachverbände zu großen Industriegewerkschaften, die alle Kopf- und Handarbeiter einer Industrie zu gemeinsamen wirtschaftlichen Aufgaben vereinigen sollen. Er fordert die **Selbstverwaltung der einzelnen Industrien durch die Gewerkschaften unter der Oberhoheit des Staates**. Der Staat als Verkörperung der Volksgesamtheit soll nur Eigentümer der Produktionsmittel — des Grund und Bodens, der Bergwerke, der Fabriken usw. — sein, die Leitung der Industrie aber den Gewerkschaften übertragen. Die Gewerkschaften sollen „die anerkannten Beauftragten der Allgemeinheit auf wirtschaftlichem Gebiete" sein. Die beiden Führer des englischen Gildensozialismus G. D. H. Cole und W. Mellor drücken das in ihrer Schrift „Gildensozialismus" (Rheinland-Verlag, Köln) so aus:

„Der Prüfstein des Gildensozialismus ist seine Bereitschaft, die Leitung der Industrie in die Hände der Gewerkschaften zu legen. Dem Staat als dem Vertreter der Allgemeinheit will er nur noch das Recht des Einspruchs und der Kritik zuerkennen . . . Er glaubt, daß diejenigen, die in einer Industrie tätig sind, gerade die richtigen sind, um diese Industrie im Interesse der Allgemeinheit zu leiten. Jede Gilde ist in ihrem besonderen Industriezweig die berufene Vertreterin der Allgemeinheit."

Und in einer weiteren Schrift („Gildensozialismus", Verlag von Kaden u. Co., Dresden) äußert sich G. D. H. Cole über den Unterschied zwischen den heutigen Gewerkschaften und den zukünftigen Gilden wie folgt:

„Eine Gilde, wie wir sie uns denken, würde sich dadurch von einer Gewerkschaft unterscheiden, daß sie die Gesamtheit der Arbeiter, Experten, Angestellten, Kopfarbeiter und Handarbeiter jeder Art umfassen würde — eben alle Arbeiter, die nötig sind, um diese Industrie wirksam zu betreiben im Dienste der Allgemeinheit. In unserer Haltung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung haben wir immer dieses Ziel vor Augen. Wir versuchen immer, eine Organisation zu schaffen, die nicht nur fähig ist, den Kapitalismus zu **stürzen** — was eine verhältnismäßig leichte Sache ist —, sondern den Kapitalismus zu **ersetzen**, was eine viel schwierigere Sache ist. Deshalb versuchen wir, nicht nur die verschiedenen Zweiggewerkschaften, sondern auch diese Gewerkschaften in möglichst enge Beziehung zu den Gewerkschaften der Kopfarbeiter und Techniker zu bringen mit dem letzten Ziele, die Gesamtheit der Arbeiter in den verschiedenen Industrien zu einer einzigen Organisation zusammenzufassen."

Der zweite Punkt, in dem sich eine Gilde von der heutigen Gewerkschaft unterscheidet, besteht nach Cole darin, „daß die Gilde in der Hauptsache sich nicht mit der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder befassen würde, sondern **mit dem Betrieb der Industrie**. Die Hauptarbeit der Gilde läge nicht in Schutzmaßnahmen, nicht im gemeinsamen Einkauf, nicht in Sicherung des Lebensstandarts ihrer Mitglieder: **sie würde bestehen in der Herstellung der Güter, in der Sorge für wirksame und tatkräftige Betriebsführung, in der wirklichen Leitung und Selbstverwaltung der Industrie.**"

Der Gildensozialismus, für dessen allmähliche Durchführung die zwei großen englischen Gewerkschaften der Bergarbeiter und der Eisenbahner bereits schwere Kämpfe geführt haben, geht somit andere Wege, als sie der Gewerkschaftskongreß in Nürnberg für die deutschen Gewerkschaften festgelegt hat, indem er es ausdrücklich ablehnte, die Gewerkschaften zu Trägern der Produktion zu machen. Er hat dafür **Wirtschaftsräte** gefordert, in denen die Arbeiter und Unternehmer **paritätisch** vertreten sein sollen. Welcher der beiden Wege der richtigere ist, wird die Entwicklung lehren. Ich persönlich bin der Auffassung, daß auch die deutschen Gewerkschaften auf die Dauer um die Führung der Wirtschaft nicht herumkommen werden, wenn sie ihre Existenzberechtigung später nicht verlieren wollen. Tatsächlich beschäftigen sie sich heute schon lebhaft mit wirtschaftlichen Dingen. Besonders im **Baugewerbe** ist die Umstellung der Gewerkschaften zu neuen Aufgaben lebhaft im Gange. Durch die Gründung sozialer Baubetriebe haben sich die Verbände der baugewerblichen Arbeiter und Angestellten schon jetzt an die Spitze der werdenden sozialen Bauwirtschaft gestellt, wie dies auch die englischen Bauarbeitergewerkschaften durch die Gründung von Baugilden getan haben.

Das Deutsche Reich mit 8 750 000 Mk. Kapital als Aktionär

Tll. Berlin, 16. Febr. Der Hauptausschuß des Reichstages erledigte heute die Beratungen über den Etat des Reichsschatzministeriums. Der Hauptausschuß stimmte den Vorschlägen der Regierung zu, die darauf hinauslaufen, daß das Reich sich mit einem Aktienkapital von 6 250 000 M bei der Deutschen Lagereiaktiengesellschaft und mit 2 500 000 M bei der Allgemeinen Schuhindustrie A.-G. beteiligt, die baldigst gegründet werden. Durch die Annahme des Ultimatums vom Mai 1921 sind viele Reichsbekleidungsämter entbehrlich geworden. Im Interesse der Reichskasse sollen diese insgesamt an die geplanten Aktiengesellschaften vermietet werden. Als Gesellschafter werden an der Deutschen Lagerei A.-G. auch die Landwirtschaft, die Konsumgenossenschaften sowie weitere Kreise von Handel, Industrie und Handwerk teilnehmen.

Die Strafrechts-Reform

Tll. Berlin, 16. Febr. Im Hauptausschuß machte Reichsjustizminister Dr. **Radbruch** ausführliche Angaben über die Reform des geltenden Rechts. Die Reform des Strafrechts und des Strafprozesses wurde äußerst beschleunigt. Die Aufstellung des neuen Strafgesetzbuches werde voraussichtlich im Sommer ds. Js. beendet sein. Inzwischen soll die Strafgerichtsverfassung den dringendsten Aenderungen durch Einzelgesetze unterzogen werden. Dahin gehört vor allem die Besetzung der Gerichte I. und II. Instanz mit Laien, die Einführung der Berufung in allen Strafsachen (ausgenommen Schwur- und reichsgerichtliche Sachen), die Neugestaltung des Verfahrens, nach welchem die Laienrichter ausgewählt werden. Auf dem Gebiet des Zivilprozesses werden das Güterverfahren und das Beitreibungsverfahren wesentliche Punkte bilden. Das Recht der außerehelichen Kinder unterliegt einer Neuregelung. Auch die Frage der Aenderung des Ehescheidungsrechtes wird geprüft. Ebenso ist die Reform der juristischen Vorbildung in Angriff genommen worden.

Kleine Nachrichten

Berlin. Heute nachmittag wurden die beim Eisenbahnerstreik tödlich verunglückten Nothelfer, die Studenten **Sethardt, Richter** und **Stentzel**, beigesetzt. Der Sarg war im Lichthof der Technischen Hochschule aufgebahrt, wo in Anwesenheit der Reichsregierung und der preußischen Regierung, der Eisenbahnverwaltung, sowie von Abordnungen der studentischen Korporationen eine Trauerfeier abgehalten wurde. Nach einer Ansprache des Rektors der Technischen Hochschule wurden die Toten im Trauerzug zum Friedhof in Westend geleitet, dessen Wege dichte Menschenmassen umsäumten.

Saargemünd. Der Schulfall von Schweyen, über den wir schon berichtet haben, hat nun auch die hiesige Strafkammer beschäftigt. Vor ihr mußten 17 Einwohner der Gemeinde Schweyen erscheinen, die bei den **Tätlichkeiten gegen den französischen Lehrer** in Schweyen seinerzeit mitgewirkt hatten. Von den Angeklagten erhielt einer 14 Tage Gefängnis und 500 Fr. Geldstrafe, während zwei zu sechs Tagen Gefängnis und die übrigen 40 bis 100 Fr. Geldstrafen erhielten. Auch der Pfarrer von Schweyen wurde zu 200 Fr. Geldstrafe verurteilt.

Paris. Der Generalstaatsanwalt hat den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den zum Tode verurteilten **Frauenmörder. Landru** abgelehnt und der Justizminister Barthou hat die Ablehnung gebilligt. Nunmehr hat der **Präsident** der Republik zu entscheiden, ob das eingereichte Gnadengesuch gebilligt werden soll.

Helsingfors. Der wegen des Attentats auf den Minister des Innern, Ritavuori, verhaftete Kaufmann **Tandefelt** war als junger Mann wegen eines geplanten Attentats auf ein russisches Kriegsschiff, das im Hafen von Helsingfors lag, furchtbaren Mißhandlungen in russischen Gefängnissen ausgesetzt und ist seitdem zeitweilig geistesgestört. Er erklärte, den Minister getötet zu haben, weil er in seinen Maßnahmen gegen die revolutionären finnischen Elemente nicht energisch genug gewesen sei.

Warschau. Das Kriegsgericht in **Posen** verurteilte den Militärbeamten Koszewski aus Posen, der in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsoffizier 480 000 M unterschlagen hatte, zum **Tode durch Erschießen**.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus der Stadt

* Karlsruhe, 17. Februar

Geschichtskalender

17. Februar. 1600 Giordano Bruno, Philosoph, in Rom verbrannt. — 1827 †Der Pädagog Joh. Heinr. Pestalozzi in Brugg (Aargau). — 1856 †Der Dichter Heinrich Heine in Paris.

Karlsruher Parteinachrichten

Versammlung der Frauensektion des Sozialdemokr. Vereins

Auf die heute abend 8 Uhr im Handarbeitssaal der Hebelschule stattfindende Frauenversammlung sei nochmals hingewiesen. Gen. Prof. Wilhelm spricht über „Die Bedeutung der englischen Kultur". Genossinnen, erscheint zahlreich. Auch die Genossen haben Zutritt.

Die Sozialdemokratischen Geistesarbeiter (Werbegruppe der Sozialdemokratischen Partei) veranstaltet kommenden Freitag den 17. ds. Mts., abends 8 Uhr, in den „Alten Linden" (Ecke Zirkel-Adlerstraße) einen öffentlichen Vortragsabend. Genosse Schelauske spricht über das Thema: „Darf der Beamte streiken." Bei der aktuellen Bedeutung dieses Themas, das von einem Kenner des Beamtenrechts sachmännisch behandelt wird, dürfte auf allseitigen Besuch sowohl durch die Parteigenossen als auch durch Beamte, Lehrer und Angestellte, die mit unseren politischen Bestrebungen sympathisieren, zu rechnen sein.

30 Jahre Karlsruher Brauereiarbeiterbewegung

Die Zahlstelle Karlsruhe des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter kann auf ihr 30jähriges Bestehen zurückblicken. Eine von der Organisation durch ihren Geschäftsführer Gen. S. Hilz herausgegebene flott geschriebene Festschrift gibt uns eine interessante chronologische Darstellung über die Entwicklung der Zahlstelle, Kämpfe und Erfolge derselben, sowie über die Anfänge und Entwicklung des Brauereiberufs in Baden von der primitivsten Betriebsart bis zum heutigen modernen Großbetrieb.

Aus der inhaltreichen Festschrift ist zu entnehmen, daß die Zahlstelle im Jahre 1892 ins Leben gerufen wurde. Wohl bestand vor der Gründung derselben ein Fachverein, der jedoch zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Brauereiarbeiter nichts tat, während die neugegründete Zahlstelle ihr ganzes Bestreben auf die Beseitigung der unhaltbaren Zustände richtete. Die Arbeitszeit betrug damals 14—18 Stunden, auch Sonntags wurde bis mindestens mittags gearbeitet. An Lohn erhielten die Brauer 6—8 ℳ mit Kost und 65—70 ℳ ohne Kost pro Monat. Schon im Frühjahr 1893 wurden Forderungen auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse eingereicht, aber ein halsstarriges Unternehmertum lehnte sie ab. Wer sich mit den Verhältnissen nicht zufrieden gab, wurde kurzerhand entlassen. Das Gewerkschaftskartell verhängte den Boykott über die Brauereien. Die Unternehmer waren also nicht mit sozialem Oel gesalbt, dafür aber offenbarten sie strenge monarchistische Gesinnung, denn als 1895 der Großherzog die Brauerei Printz besuchte, mußten die Arbeiter auf dem Hofe antreten und nach einer Rede über das „gute Einvernehmen zwischen Prinzipal und Arbeiter" das übliche Hoch brüllen. Daß das „gute Einvernehmen" nur Geflunker war, bewiesen die folgenden Streiks, Aussperrungen, Boykottverhängungen usw. Die Unternehmer hatten sich inzwischen zum Mittelbadischen Brauereiverband zusammengeschlossen, um ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. Die 30jährige Geschichte der Organisation der Brauereiarbeiter ist eine lange Kette von Kämpfen, die eine tapfere, mutige Schar von Teilnehmern aufweist, die trotz aller Schikanen und Entbehrungen aushielt und Erfolge einheimsen konnte. Nach und nach wurde der Starrsinn der Unternehmer gebrochen, Tarifverträge abgeschlossen und damit war die Anerkennung der Organisation erfochten. Aber auch die Zahlstelle erstarkte immer mehr. Waren es bei der Gründung 42 Mitglieder, so zählte sie 3 Jahre nachher schon 106, 1914 549, während 1919 das erste Tausend erreicht und überschritten wurde und Ende 1921 1083 Mitglieder die Zahlstelle mustern konnte. Davon gehörte ein Teil zu den Mühlenarbeitern, da inzwischen die Verschmelzung mit der Organisation der Mühlenarbeiter stattgefunden hat.

Die lesenswerte Festschrift enthält außer der Geschichte der hiesigen Zahlstelle auch eine Darstellung der Entwicklung des Braugewerbes in Baden, insbesondere aber von Karlsruhe von seinem Anfang bis in die heutige Zeit. Ihm zufolge wurde von früheren Fürsten gegen Zinsen und Gülten das Bierbrauen erlaubt, unter Markgraf Karl Wilhelm von Durlach (1709—1738) zwecks Erhöhung der Einnahmen ein Projekt über das Bierbrauen ausgearbeitet. Natürlich waren dazumal die Brauereieinrichtungen überaus primitiv. Der Ursprung der Fürstenbergischen Brauerei in Donaueschingen wird auf das Jahr 1589 datiert. Es folgen dann in der Festschrift Abhandlungen über nachstehende Kapitel: Küferei, Müllerei, vom Verfall der Zunft bis zur Gründung eines Brauereivereins, die Organisation von 1892—1922, die Einwirkungen des Krieges auf das badische Braugewerbe, sowie zum Schlusse ein Gedicht für die Gefallenen sowie eine Abbildung der Gedenktafel für die Gefallenen.

Von besonderem Interesse ist eine graphische Darstellung über die Entwicklung des Brauereiwesens in Karlsruhe, das in Baden von jeher tonangebend war und heute noch ist. Darnach waren im Jahre 1872 in Karlsruhe 22 Brauereien vorhanden, 1900 nur noch 13 und Ende 1921 gar noch 7. Man sieht hier in grotesker Form, wie die kleineren Brauereien von großen Kollegen aufgesaugt worden sind. Vielfach wird ja von Kleinhandwerkern der Niedergang des Kleinbetriebs den Sozialdemokraten und der Sozialisierung in die Schuhe geschoben, aber wie aus der Entwicklung des hiesigen Brauereigewerbes hervorgeht, besorgte das Großkapital analog der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung die Lahmlegung des Kleinbetriebs so gründlich, daß für die ††† Sozialdemokraten gar nichts mehr übrig bleibt.

Die Festschrift bietet, wie schon aus dem von uns wiedergegebenen Inhalt zu ersehen ist, für alle Angehörigen des Brauerei- und Mühlenberufs sehr viel des Interessanten. Besonders sollten sich die jungen Kollegen angelegen sein lassen, die Festschrift genau zu studieren.

Der Zahlstelle Karlsruhe gratulieren wir zu ihrem Jubiläum bestens.

Die offizielle Feier findet am Sonntag mittag im „Kühlen Krug" bei einem auserwählten Programm statt. Wir wünschen, daß auch die folgenden Jahre ihre Arbeit von Erfolg gekrönt sein möge und Treue, Einheit und Geschlossenheit es erreichen, daß der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter auch fernerhin als Hort der Angehrigen des Brau- und Mühlengewerbes gilt.

Die Kinderkrankheiten

lautete das Thema, über das gestern abend im „Palmengarten" Herr Kirsten in einer Versammlung des Naturheilvereins sprach. Einleitend betonte der Redner, daß auch beim Kind der Grundsatz gelten muß: Krankheit verhüten ist leichter, als Krankheiten heilen. Die meisten Kinder werden nicht krank geboren, sondern durch eine falsche Behandlung und Pflege krank gemacht und dem Tode überliefert. Das erste Kind ist nur zu oft für die es pflegende Mutter ein Versuchskaninchen. Die Pflege des Kindes sollte aber nicht erst mit der Geburt, sondern schon neun Monate vorher beginnen. An der Hand statistischen Zahlenmaterials weist der Redner nach, daß besonders der Genuß des Alkohols der Eltern einen degenerierenden Einfluß auf die Nachkommenschaft ausübt. Es sollten deshalb ganz besonders die Frauen ihre Ehemänner vom Genuß des Alkohols abhalten, anstatt, wie es vielfach geschieht, sie noch dazu anzuhalten.

Als weitere Ursache der Kindersterblichkeit ist die falsche Ernährung zu nennen. Es ist statistisch festgestellt, daß von Kindern, die die Mutterbrust bekommen, 8 Proz. sterben, während von den Flaschenkindern 50 Prozent.

Den Sauerstoff nennt man die Lebensluft, deshalb darf er auch den kleinsten Kindern nicht entzogen werden. Frische Luft ist das beste Blutreinigungsmittel. Die Skrophulose, eine häufige Kinderkrankheit, ist meistens von den Eltern auf die Kinder übertragen, deshalb sollten die Eltern alles aufwenden, dieser Krankheit zu Leibe zu gehen, denn die Skrophulose ist ein Vorläufer der Tuberkulose. Sonnenbäder sind das sicherste Heilmittel gegen Skrophulose.

Der Redner behandelte dann in längeren Ausführungen die allgemeinen Kinderkrankheiten, Scharlach, Masern, Keuchhusten usw. Das Fieber, das mit diesen Krankheiten verbunden ist, darf nicht, da es ja nicht die Krankheit selbst ist, vertrieben werden. Vielen Schaden richtet bei den Kindern die falsch angewendete „Abhärtung" an. Den Kindern darf nicht unnötiger Weise die Körperwärme entzogen werden. Nicht im Winter dürfen die Kinder abgehärtet werden, sondern im Sommer hat dies zu geschehen. In der Krankenstube muß unter allen Umständen genau so für reine und frische Luft gesorgt werden, wie im Zimmer der Gesunden. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. D.

= **Grippe und Alkohol.** Angesichts der Grippeepidemie, die zur Zeit auftritt, mag wieder an die Gutachten namhafter Vertreter ärztlicher Wissenschaft und Praxis erinnert werden, die der bad. Landesverband gegen den Alkoholismus vor einiger Zeit gesammelt hat. Es herrscht vielfach die Anschauung, daß durch reichlichen Genuß von Spirituosen, insbesondere von Wein und Kognak, der Verlauf der Krankheit günstig beeinflußt werde, und daß man sich auf solche Weise während einer Grippeseuche vor Ansteckung schützen könne. Die Gutachten bezeichnen zunächst übereinstimmend die bei auftretender Grippe erfolgte Anreizung des Publikums zu erhöhtem Alkoholgenuß als verwirrend und außerordentlich schädlich, und kommen zu folgenden Schlüssen: 1. Als Vorbeugungsmittel gegen Grippe haben geistige Getränke keinerlei Bedeutung, während die durch gewohnheitsmäßigen Alkoholgenuß in der Regel geschädigte Herzkraft besondere Gefahren für den Verlauf einer Grippeerkrankung mit sich bringt. 2. Ein spezifisches Heilmittel gegen Grippe ist Alkohol nicht. 3. Zur Belebung der Herztätigkeit, als Heilmittel in Arzneidosis gegeben, kann der Alkohol in Form von Wein ab und zu nützlich sein, ist aber meistens völlig entbehrlich, in vielen Fällen schädlich. Im allgemeinen stehen zahlreiche wirksamere und zuverlässigere Heilmittel zu diesem Zweck zu Gebote. Die Auswahl im einzelnen muß dem Arzte überlassen bleiben; jedenfalls birgt eine willkürliche Darreichung von Alkohol seitens des Laien mancherlei Gefahren.

§ **Der Berliner Prozeß Lo Kittay.** Die Verhandlung gegen den Hypnotiseur Lo Kittay, der durch sein Auftreten in Karlsruhe bekannt ist, führte in ein recht eigenartiges Milieu. Ein großer Teil der Erörterungen bezog sich auf die Feststellung der Eigentumsverhältnisse an den 19 Perserteppichen, für die Kittay nach seiner Behauptung im Auftrage einer Frau Valte als Verkaufsvermittler aufgetreten war und die Provision eingesteckt hatte. Frau Valte, die Morphinistin und körperlich leidend ist, hatte es zunächst vorgezogen, nicht zu erscheinen und mußte erst durch ein Auto an Gerichtsstelle gebracht werden. Während ihrer Vernehmung mußte Kittay den Gerichtssaal verlassen, denn die Zeugin erklärte, den Anblick des Angeklagten nicht ertragen zu können, da sie willensunfähig sei, sobald er seinen Blick auf sie richte. Sie erklärte, sie habe an die Vorgänge keine Erinnerung mehr. Große Heiterkeit erregte es, als Kittay wieder in den Saal gerufen wurde und erklärte, daß die Aussage der Zeugin ihm nicht wiederholt zu werden brauche, da er an der Tür gelauscht und jedes Wort gehört habe. Ihr bestritt entschieden, daß Frau Valte, die bei dem Verkaufe der Teppiche aktiv mitgewirkt habe, dies etwa in einem Trancezustande getan habe und sich an nichts mehr erinnern könne. — Der Zeuge Valte verbat sich gleichfalls mit großem Nachdruck, daß der Angeklagte ihn so durchdringend anblicke. Seine Frau sei ein völlig willenloses Werkzeug in der Hand Kittays gewesen. Der Gerichtshof kam zur Freisprechung aller Angeklagten, da er die Frage des Eigentums an den Sachen als nicht genügend geklärt erachtete.

‡ **Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner gegen die Maßregelungen.** Am Dienstag fand hier eine Versammlung sämtlicher Ortsgruppenvorsitzender der Reichsgewerkschaft statt, die sich gegen die Maßregelungen wandten. Eine entsprechende Entschließung wurde an die Eisenbahngeneraldirektion zur Weiterleitung an das Reichsverkehrsministerium übergeben.

Pressefest 1922. Um den endgültigen Rechnungsabschluß zu ermöglichen, ist es notwendig, daß die Beteiligten ihre Rechnungen so bald wie möglich dem Kassierer des Vereins Karlsruher Presse (Redakteur K. Binder, Badische Landeszeitung) einsenden.

= **Hygiene-Ausstellung „Der Mensch".** Diese Ausstellung des Deutschen Hygiene-Museums Dresden, deren Ankunft bereits in voriger Woche angekündigt war, wird morgen Samstag den 18. Febr., mittags 2 Uhr, eröffnet. Die Besuchszeit ist täglich von vorm. 10 Uhr bis abends 6½ Uhr (eine Woche später bis 7 Uhr) durchgehend. Um allen Bevölkerungskreisen die Möglichkeit eines Besuches dieser hochinteressanten Ausstellung zu geben, wird sie auch Sonntags zu derselben Zeit geöffnet sein. Erklärende Vorträge, zu denen sich hiesige Aerzte freundlicher Weise bereit erklärt haben, finden werktags um 5 Uhr und Sonntags um 11 und 5 Uhr statt. Wer Wert auf eine eingehende Besichtigung legt, dem wird dringend empfohlen, die Vormittags- oder Frühnachmittagsstunden zu benutzen, da dann erfahrungsgemäß der Andrang noch nicht so groß ist. Die Ausstellung bleibt nur kurze Zeit hier.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Kunsthandlungen

Eine zeitgemäße Betrachtung

Die Karlsruher wurden bis jetzt im großen Ganzen durch ihre Kunsthändler nicht verwöhnt. Was bis zur Zeit in den Schaufenstern der Karlsruher Kunsthandlungen im steten Wechsel geboten wurde, war meistens eine überladene Zurschaustellung aller möglichen Kunstdinge, die miteinander nur in entferntem inneren Zusammenhang standen, eine wirre Mischung von Graphik, Kleinplastik, Aquarell, Oel und Kunstgewerbe. Jeder einzelne Gegenstand, wie es gerade traf, mehr oder weniger gut, ob der Häufung innerhalb der Schaufensterauslage aber einfach ein Kunstbrei. Alles in allem ein einer Akademiestadt unwürdiger Zustand. Man wollte viel auf einmal zeigen. Die Auslagen unterschieden sich in ihrer Tendenz, in dem was sie bezwecken sollten, in nicht von denjenigen der Hut-, Wäsche- oder Delikatessengeschäfte. Die Kunsthändler wollten einfach nur verkaufen und vergaßen in diesem Drange vollkommen, daß sie außerdem mit Hilfe ihrer Schaufenster auch noch eine Kulturaufgabe zu erfüllen hatten. Tatsache ist es, daß der Kunsthändler nicht nur Bildermakler sein, sondern zu einem gewissen Teil, faßt er seine Aufgabe richtig, auch noch die Pflicht, alle echte Kunst zu fördern, ganz gleich welcher Richtung sie angehört, besitzen soll. Das hatte man vergessen und versetzte dabei dem Geschmacke eines nicht kleinen Teils der kunstliebenden Bevölkerung unserer Stadt einen Stoß um den andern. Bis jetzt war es in Karlsruhe so gehalten, daß der Kunsthändler es höchst selten wagte, in seiner Auslage ein Bild oder eine Plastik zu zeigen, die einer anderen Kunstrichtung angehörte, als der in unserer Akademiestadt nach jeder Seite geheimrätlich geaichten Kunstdarstellung. Da ist es denn äußerst erfreulich, ja förmlich als Wohltat zu empfinden, daß nunmehr die Kunsthandlung Gerber und Schawinsky, Kaiserstraße, den Mut aufbrachte, der alten Schablone einen Stoß zu versetzen und in ihren Schaufenstern in geschlossener Weise einmal eine Kunstform zu Worte kommen zu lassen, die nicht den Stempel des Zahngewachsenen und mit hundert Scheren Gestutzten trägt. Wir müssen sagen, es gehört für die Kunsthandlung sowohl wie für den Künstler ein gut Stück Furchtlosigkeit dazu, mit diesen freien Arbeiten ausgerechnet in einer Auslage vor die allerbreiteste Oeffentlichkeit, gewissermaßen vor die Straße, zu treten. Nicht etwa der Qualität der Sachen halber, denn diese sind ohne Zweifel gut. Ein Meisterschüler Babbergers, der Karlsruher Künstler Heinrich Kluth, der dort ausgestellt hat, geht stürmisch und mit gewaltigem Temperament, unterstützt von zweifellos starkem Talent, auf sein Ziel los. Man braucht als Kunstkenner, oder als Kunstfreund insgesamt gar nicht mit der Art des Gezeigten einverstanden zu sein, kann sogar eine oder die andere dieser Arbeiten umstritten lassen, oder ganz ablehnen, das tut alles nichts zur Sache. Wahr ist es jedoch, daß endlich einmal eine Kunsthandlung in ihren Schaufenstern, zusammen mit einem wagemutigen Künstler, den Mut besessen hat, eine wirkliche Tat zu wagen, gewissermaßen den Eklat herauszufordern, das Banausentum vor den Schädel zu stoßen, den Neugierigen und den Kritiklosen Ursache zum Klatsch zu geben und in ehrlicher Weise auch eine andere, als die herkömmliche, geheimrätlich erlaubte, durch die Tradition sanktionierte Kunstrichtung dicht an der Straße zu zeigen. Es ist unzweifelhaft anzuerkennen, man mag sich zum Expressionismus stellen wie man will, daß sich Gerber und Schawinsky durch diese Tat, der hoffentlich noch weitere folgen werden, ein Verdienst um das Kunstleben Karlsruhes erworben haben. -z.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Irland; von Karl Kautsky. 32 Seiten. Preis 6.— ℳ. Der furchtbare Bürgerkrieg in Irland, der eben endlich durch einen Frieden der Verständigung mit England beendet worden ist, verleiht den irischen Dingen größte Aktualität. Trotzdem sind die Verhältnisse Irlands dem deutschen Proletariat noch wenig bekannt. Karl Kautsky, der schon 1880 eine Schrift über Irland veröffentlichte und der eine größere Arbeit über dieses viel geprüfte Land vorbereitet, hat es daher für angezeigt gehalten, jetzt einen kurzen Abriß der irischen Entwicklung zu veröffentlichen. Er zeigt uns die Quellen der entsetzlichen Notlage Irlands im vorigen Jahrhundert, den Befreiungskampf der irischen Nation, den sie eben jetzt siegreich beendet hat und seine Wandlungen, sowie endlich die Konsequenzen für die proletarische Bewegung, die wir in Irland und England und damit auch in der Internationale vor dem Sieg der irischen Nationalisten zu erwarten haben.

Das Rheinlandkabel, herausgegeben vom Reichspostministerium. Diese Denkschrift zur Fertigstellung des ersten deutschen Ueberland-Fernsprechkabels ist die literarische Würdigung eines Ereignisses, dessen Andenken die Blätter der Verkehrsgeschichte dauernd bewahren werden. Eine mehr als 700 Kilometer lange Kabelleitung für Fernsprechverkehr verbindet seit einigen Wochen die Reichshauptstadt mit dem deutschen Westen. Die Bedeutung dieser Tatsache in ihrem vollen Umfange zu erfassen, ist bisher nur Fachleuten möglich gewesen, da dem Außenstehenden zusammenhängende Einblicke fehlten. Man muß es begrüßen, daß die Oeffentlichkeit aus dem Inhalt der Schrift jetzt eine anschauliche Vorstellung davon gewinnen kann, welche verkehrstechnische Großtat in unseren Tagen geschehen ist. Reicher Bildschmuck ist dem gedruckten Wort beigegeben. Abbildungen charakteristischer Bauwerke der hauptsächlichsten Städte, die das Kabel auf seinem Weg berührt, Zeichnungen zur Verdeutlichung des in den theoretischen Betrachtungen Gesagten, Darstellungen, die den Werdegang des Kabels und seines Zubehörs in Werkstatt und Fabrik aufzeigen, und Bilder, deren fesselnde Szenen die Auslegung selbst in ihren verschiedenen Stufen schildern.

Bis zu 4 Zeilen Mk. 2.— die Zeile **Vereinsanzeiger** Bei 5 und mehr Zeilen Mk. 2.50 die Zeile

(Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)

Karlsruhe-Mühlburg. (Gem. Chor „Bruderbund".) Sonntag, 19. Febr., nachm. punkt ¾3 Uhr Treffpunkt unserer aktiven Mitglieder im großen Saale des „Kühlen Krug" (Galerie) zwecks **Mitwirkung beim Jubiläumsfest des Brauerverbandes.** (Sängerzeichen anlegen.) — Die **Kinderchorprobe** fällt aus. — Montag abend 8 Uhr **Singstunde.** Vollzähliges Erscheinen Ehrensache. Der Vorstand.

Karlsruhe. (Gesangverein Gleichheit.) Umständehalber heute abend halb 8 Uhr in der „Gewerkschaftszentrale" **Singstunde".** Vollzählig erscheinen. 2617 Der Vorstand.

Naturfreunde, Gau Baden. Die Ortsgruppen werden gebeten, das neue **Nachrichten-Blatt** bei Gen. Coblenz, Karlsruhe, Schützenstr. 37, abzuholen. 2618

Durlach-Aue. (Sozialdem. Verein.) Samstag den 18. Febr., abends ½8 Uhr, im Waldhorn **Mitgliederversammlung mit Vortrag.** Das Erscheinen aller Mitglieder erforderlich. 1160 Der Vorstand.

Durlach. (Arbeiter-Sportverein.) Heute Freitag, abends 8 Uhr, **Monatsversammlung** im „Lamm". Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erwünscht. Anschließend **Spielerversammlung.** Sämtliche Ausschußmitglieder um 7 Uhr.

Bruchsal. (Sozialdem. Verein.) Morgen, Samstag abend 8 Uhr, in der „Pfalz" **Mitgliederversammlung.** Gen. Abg. Dr. Kullmann spricht über die politische Lage. Es wird um vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ersucht.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheschließungen: Frdch. Dürr von hier, Gärtner hier, mit Maria Wöhrle von Gutach. Franz Roe von Katzental, Zugmeister hier, mit Bertha Weber von Altheim. Anton Braun von Bulach, Fabr.-Arb. allda, mit Luise Weitzer von Teinach.

Geburten: Hilda, V. Frdch. Schmidt, Masch.-Arbeiter. Arnold Stefan, V. Emil Nastätter, Mechaniker. Harald Johannes Paul, V. Eduard Jensen, Oberpostbausekr. Anna Maria Josefine, V. Adam Krampf, Modellschreiner. Hch. Rud., V. Poststreile, Kontrolleur. Gertrud Elisabeth, V. Alois Schulz, Postsekr. Erich, V. Richard Dettling, Schreiner. Theresia Magdalena, V. Josef Bauer, Rangieraufseher. Margarete Elsa, V. Rob. Ehrenfried, Gewerbekontrolleur.

Todesfälle. Ludwig Maisch, Lok.-Führ., Ehemann, alt 58 Jahre. Rich. Hasenohr, Bäcker, ledig, alt 24 Jahre. Juliana Janson, ohne Beruf, ledig, alt 49 Jahre. Otto Erb, Telegr.-Besteller, alt 20 Jahre. Ludwig Maier, Hausierer, ledig, alt 44 Jahre.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Freitag, 17. Febr., 1 Uhr: Juliana Janson, Scheffelstr. 44. — 2 Uhr: Ludwig Maisch, Lok.-Führer, Morgenstr. 27. — 3 Uhr: Otto Erb, Telegr.-Besteller, Gottesauerstr. 33a. — ¾4 Uhr: Ludwig Maier, Hausierer, Degenfeldstr. 8.

Veranstaltungen

„Winzertag auf Istein". Der Gedanke, für die am Samstag, dem 18. ds. Mts. in der Festhalle geplante künstlerische Aufführung, verbunden mit Ball, als deren Veranstalter der Ausschuß zur Förderung kultureller Aufgaben der Stadt zeichnet, einen „Winzertag auf dem Istein" zum Vorwurf zu nehmen, begegnet allseits Interesse und Beifall, da es hierdurch den Besuchern der Veranstaltung möglich sein wird, in der Auswahl ihrer Kostüme ziemliche Freiheit walten zu lassen. So sind dem Charakter des Abends entsprechend Winzer und Winzerinnen, Schnitter und Schnitterinnen und Schwarzwälder Trachten jeglicher Art zulässig, selbstverständlich ist auch der Ballanzug nicht ausgeschlossen. Sehr begehrte Preise sind in der Gestalt von wohlgespickten Körben Isteiner Auslese 1920 ausersehen. Starke Anziehungskraft dürften die künstlerischen Aufführungen durch Mitglieder des Landestheaters ausüben. Eine hübsche scherzhafte Handlung dürfte auch diejenigen auf ihre Rechnung bringen, die dem Tanze aus irgendwelchen Gründen nicht hold sind. Die Bühnendekoration (Weinberg auf Istein mit dem Isteiner Schloß) baut Theatermaler Emil Burkard in bekannt meisterhafter Weise auf, die Bühneneffektbeleuchtung hat freundlicherweise Beleuchtungsinspektor Engelbert Hohl vom Badischen Landestheater übernommen, die Leitung der Aufführung liegt in den Händen des Oberregisseurs Hans Lange.

Josef Peischer, der erste Konzertmeister am Sinfonie-Orchester in Wien und frühere Konzertmeister unseres Landestheaterorchesters gibt Donnerstag, den 23. Febr., im Eintrachtsaale ein eigenes Konzert. Zur Mitwirkung hat er Dr. Hans Rohr, den trefflichen Pianisten und jetzigen Kapellmeister an der Düsseldorfer Oper gewonnen. Die Künstler wurden durch die Konzertdirektion Kurt Neufeldt engagiert, woselbst der Kartenverkauf begonnen hat.

Der Mandolinen- und Touristen-Verein Edelweiß veranstaltet morgen Samstag einen Kostümball unter dem Motto „En lustiger Bummel uff der Alm". (Siehe Inserat.)

Willi Braun, einer der hervorragendsten Humoristen Süddeutschlands, kommt Freitag, den 24. Febr., zum ersten Male nach Karlsruhe. Der noch jugendliche Künstler findet überall stürmischen Beifall, beim Publikum und der Presse, seine humoristischen Vorträge stehen auf derselben Stufe wie Salzer und Blaut. Mit letzterem Künstler hat er besonders vieles gemeinsam, er bringt unter anderem auch Parodien am Flügel. Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt hat diesen Einführungsabend übernommen, die Kartenausgabe wurde eröffnet.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 103, gest. 2; Kehl 202, gef. 2; Maxau 399, gest. 1; Mannheim 278, gest. 2 Zentimeter.

Valuta-Bericht vom 16. Februar

Die Mark notierte heute in der Schweiz zirka 2.55½ Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 74.90 M per holl. Gulden. Schweiz notierte etwa 39.25 M per schw. Fr. England notierte etwa 877 M per Pfd. Sterling. Frankreich notierte etwa 17.40 M per frz. Fr. Neuyork notierte etwa 200.75 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 17. Februar

Voraussichtliche Witterung: Weiterhin mild, meist trübe mit Regen, auch im Gebirge.

Kleine badische Chronik

n. **Grünwettersbach,** 16. Febr. Wie man sich hier erzählt, soll man in unserer Gemeinde einigen Schwarzbrennern auf die Spur gekommen sein. Hoffentlich gelingt es der Behörde, das Treiben völlig aufzudecken und die Steuerdrückeberger zu fassen.

* **Hockenheim** bei Schwetzingen, 16. Febr. Unerhörte Preissteigerungen haben sich bei der Brennholzversteigerung zugetragen. Für Scheitholz wurden 1400 und 1500 M pro Ster geboten. Prügelholz kam auf 700 bis 800 M. Die Preistreibereien wurden von auswärtigen Landwirten vorgenommen.

* **Mannheim,** 16. Febr. Zu der von uns schon gemeldeten Verhaftung eines Frachtbriefschwindlers in der Person des Sohnes eines höheren Eisenbahnbeamten aus Eschwege wird noch berichtet, daß der Schwindler durch Fälschung von Frachtbriefen, Stoffsendungen, Ledersendungen u. a. von großem Wert auf Abwege leitete. Der Verhaftete gehörte zu einer Bande von Eisenbahndieben, die in der Aachener Gegend operierten und die Bahnverwaltung um Millionenwerte geschädigt haben. Der Eisenbahnräuber wird auch wegen verschiedenen anderer Straftaten gesucht.

Sturm auf die Bäckerläden. Wie die Lektüre der Zeitungen aller größeren badischen Städte zeigt, hat sich dort überall das gleiche Bild des Sturmes auf die Bäckerläden abgespielt. In Mannheim schleppten Brothamster 15 bis 18 Brote in Säcken nach Hause.

* **Verkehrssperren.** Gesperrt ist die Annahme von Frachtstückgut nach Frankfurt a. M. Hbf. und Hanau-Ost, das für diese Stationen bestimmt oder umgeladen werden muß. Ausgenommen sind Kartoffeln, Sämereien, Wagendecken, Zeitungsdruckpapier.

Letzte Nachrichten

3,6 Milliarden Streikschaden

Berlin, 16. Febr. Im Reichsverkehrsministerium ist die Aufstellung des Ausfalles der Reichseisenbahnen an Einnahmen während der Streiktage jetzt abgeschlossen. Nach dem dem Reichsrat zugegangenen Bericht des Reichsverkehrsministers beträgt der Schaden der Reichseisenbahn durch den Streik einschließlich der für verdorbene und verlorene Gütersendungen zu leistenden Entschädigungen 3,6 Milliarden Mark.

Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz

WTB. **Bern,** 16. Febr. Am 31. Januar 1922 zählte man in der Schweiz 96 580 gänzlich Arbeitslose. Davon waren 19 662 bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Die Zahl der teilweise Arbeitslosen belief sich auf 49 181. Die Gesamtzahl der Betroffenen mit Einschluß der Notstandsarbeiter beträgt 145 761. Die Zahl der gänzlich Arbeitslosen in der Schweiz ist in der letzten Monatsfrist um 7613 gewachsen.

Immer noch Kämpfe in Irland

WTB. **London,** 16. Febr. In **Belfast** kam es gestern zu erbitterten Kämpfen. Eine große Anzahl von Personen wurde verwundet, ein Zivilist getötet. Die Verluste bei den Zusammenstößen seit Samstag betragen den Blättern zufolge 85 Tote und etwa 100 Verwundete. Die Lage in der Hauptstadt war am Dienstag noch so bedrohlich, daß die Truppen mit Bajonetten vorgehen mußten.

Schriftleitung Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Der heutigen Auflage unseres Blattes liegt ein Prospekt über Obermeyers Medizinal-Herba-Seife bei, welche sich bei Hautausschlägen, Flechten, Pickeln, Jucken, Haarausfall u. dergl. hervorragend bewährt hat und von ärztlichen Autoritäten warm empfohlen wird. Neben diesen medizinischen Wirkungen ist Herba-Seife auch als Toilettenseife zur Erzielung und Erhaltung zarter weicher Haut zu empfehlen, ohne in Bezug auf Geruch u. dergl. anderen Toilettenseifen nachzustehen. [1158

Emser Wasser gegen Katarrh, Husten usw.

Bücherer empfiehlt zum backen und braten vorzügliches Speisefett Pfund M 25.- Margarine Pfund M 23.- Bücherer in sämtlichen Filialen 2606

Ausstellung Der Mensch

Eröffnung Samstag, 18. Febr. mittags 2 Uhr. Karlsruhe Städt. Ausstellungshalle (Westeingang) vom 18. Febr. bis 12. März 1922, täglich geöffnet von 10—7 Uhr durchgehend. Aerztliche Führungen: Werktags 5 Uhr, Sonntags 11 und 5 Uhr.

Verkehrs-Verein Karlsruhe E. V. — Verein Karlsruher Aerzte E. V. — Gesellschaft für soziale Hygiene Abt. f. gesundh. Volksbelehrung

Deutsches Hygiene-Museum Dresden. [1266

Fahrräder (Diamant) Pneumatiks, alle Ersatzteile, Instandsetzen von Rädern, vernickeln und emaillieren empfiehlt K. Hottner K.-Mühlburg Hardtstr. 27, Ecke Rheinstr. Telephon 1886.

Kleider, Schuhe, Wäsche 2c. kauft stets zu höchsten Preisen S. Axelrad, Tel. 3980 Essenweinstraße 32, II.

Geld erhalten Sie bei günstigen Bedingungen u. Ratenzahl. durch Engelhard, Gartenstr. 11, Hth. III.

Ausgekämmte Frauenhaare kauft z. neuen erhöht. Preis. Oskar Decker, Haarhandlg., Kaiserstraße 32.

„Nissin" gegen Kopfläuse Nichts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Badisches Landestheater. Freitag, den 17. Februar, 7 bis 10 Uhr. M 40.— Neu einstudiert: Fra Diavolo.

Badisches Landestheater. Im Landestheater. Sa. 18. * Zum ersten mal „Die St. Jacobsfahrt" Legendenspiel in 3 Akten von Dietzenschmidt. 7 (25.—) — So. 19 „Margarete" 6 (50.—) — Mo. 20. V. Sinfonie-Konzert: Leitung Alfred Lorentz, 7½ (15.—) Mitglieder des B. V. B erhalten gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte ermäßigten Eintritt bis zu 2 Karten im Parterre à 13 Mk.— — Die. 21. Volksbühne G 5. „Freund Heißsporn" 7 (25.—) — Mi. 22 * „Die Entführung aus dem Serail 7 (40.—) Th. Gem. B. V. B. Nr. 1—100, 1651—1850. — Do. 23. * „Die St. Jacobsfahrt" 7 (25.—) Th. Gem. B. V. B. Nr. 101—600 — Fr. 24. Volksbühne E 5 „Der Freischütz" 7 (40.—) — Sa. 25. * „Freund Heißsporn" 7 (25.—) Th. Gem. B. V. B. Nr. 601—1100. So. 26. nachmittags 2, Max und Moritz (10.—), abends 6: Die Fledermaus. (50.—). — Mo. 27. Volksbühne. G. 6. Freund Heißsporn. 7 (25.—). — Die. 28. * Die Fledermaus 7 (40.—). — Im Konzerthaus. So. 19.: * Frauenkenner. 7 (21.—). So. 26. * Bunter Abend. 7 (21.—). Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde jeweils am Vortag und Tag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10 bis ½1, 4—6 Uhr). Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, d. 18. Februar, nachmittags ¾4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 20. an.

Erich Bühler Bankgeschäft Kreuzstrasse 4, am Marktplatz empfiehlt sich zur Ausführung von Bank-Geschäften jeder Art zu den Sätzen. Konto-Korrent- und Scheckverkehr. An- und Verkauf in- und ausländischer Wertpapiere, Coupons und Noten. Kurzfristige Darlehen gegen Sicherheit. An- und Verkauf von in- und ausländischen Wertpapieren, Geldsorten und Coupons. Devisen-Verkehr. Fachmännische Auskunft u. Beratung in allen Geldangelegenheiten.

Matratzen werden gut und billig aufgearbeitet, sowie neu angefertigt. Kammerer, Wilhelmstraße 35.

Die städtische Preisprüfungsstelle, Unterausschuß für allgemeine Lebensmittel, hat mit der Bäcker-Innung für Karlsruhe und Vororte mit sofortiger Wirkung folgende Preise vereinbart:

Markenfreie Backwaren:

100 Gramm Brödchen-Wasserweck	Mk. 1.50
600 Gramm Kornbrot	Mk. 5.50
100 Gramm Zwieback (nach Güte)	Mk. 3.50—3.80
Tafelbrot, Kümmelbrot, Milchbrot, Salzwecke, Salzhörnchen, Salzbretzeln, Mohnbrötchen, Laugenwecke, Mürbgebäck	Mk. —.75
Weizenbrot 250 Gramm	Mk. 3.75
Weizenbrot 500 Gramm	Mk. 7.50
Weißbrot 500 Gramm (Halb-Weißbrot)	Mk. 5.60

Die vorstehenden Preise sind gemäß der ortspolizeilichen Vorschrift vom 29. Juli 1915, den Verkauf von Gegenständen des Kleinhandels und der Verordnung der städtischen Preisprüfungsstelle vom 29. August 1920 den Preisaushang betr., durch einen von außen deutlich sichtbaren und lesbaren mit amtlichem Stempel versehenen Anschlag im Verkaufslokal anzubringen. Die angekündigten Preise dürfen nicht überschritten werden. Auf Verlangen muß das Brot abgewogen werden. 331

Karlsruhe, den 16. Februar 1921.
Städt. Preisprüfungsamt.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Filiale Karlsruhe.
Dienstag, 21. Februar, gleich nach Schluß der Arbeitszeit für alle in den städtischen Betrieben beschäftigten Kolleginnen und Kollegen
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Das Ergebnis der Urabstimmung — Die Auswirkung der Lohnbewegung und Stellungnahme zur Auszahlung der Nachzahlungssätze.

Vertrauensmänner und Betriebsräte.
Montag abend ½5 Uhr in der „Gambrinushalle" Sitzung.
Tagesordnung: wie in der Mitgliederversammlung.
Vertrauensleute und Betriebsräte werden gebeten, dafür Sorge tragen zu wollen, daß die Versammlung einen guten Besuch aufzuweisen hat und für die nötige Publizierung Sorge zu tragen. 2613
Die Filialleitung.

Ein sehr gut erhaltener, dunkler [1164 Gesellschaftsanzug mittlere Größe, ist zu verkaufen. Hose, Weste u. langer Frack. Jöhlingen, Haus Nr. 243.

Fahnen und Banner in jeder Ausführung Vereins-Bedarfsartikel Kostenanschläge ohne Verpflichtung. A. Krawehl, Stettin 1

Fürsorge für Lungenkranke
Beratung und Auskunft: Gartenstraße 49 III, täglich vormittags 10—12 Uhr. Aerztliche unentgeltliche Untersuchungsstelle: Dienstag u. Donnerstag 8—9 Uhr vormittags. Sofienstraße 23 (Unfallkrankenhaus).
Kranke die in ärztlicher Behandlung stehen, können nur mit Zustimmung ihres Arztes untersucht werden.
Orts-Tuberkulose-Ausschuß.

In den durch Aushang kenntlich gemachten Metzgereien wird
Ia Mastochsen-Gefrierfleisch
zu Mk. 15.— pro Pfund abgegeben. 2607
Freie Metzger-Innung Karlsruhe.

Drucksachen aller Art liefert Buchdruck. Volksfreund Luisenstraße 24.

Kunstgliederbau G.m.b.H. Ettlingen in Baden (Privatbetrieb)
Werkstätten zur Herstellung künstlicher Glieder und orthopädischer Schuhwaren für Kriegsbeschädigte und Private.
Zweigstellen: 6743
Mannheim: Schlosswache
Rastatt: 111er Kaserne
Offenburg: Kasernengeb. Bau I, Donaueschingen: Wöhrdenstr. 2
Karlsruhe, Kriegsstrasse 105, beim Garnison-Lazarett.

Sanitas-Heilinstitut Karlsruhe Kaiserstr. 91 II
Dr. med. Lachmann.
Spezialbehandlung für Gallensteinkranke und Asthmaleidende (Bronchialkatarrhe).
Sprechstunden: 10—7 Uhr abends, Sonntags 10—12 Uhr. 2508

Baden-Baden.
Brot- und Mehlpreise.
Mit Wirkung vom 16. Februar werden die Preise für Brot und Mehl festgesetzt:

Schwarzbrot 1 Laib zu 1500 gr	M 10.30
1 Laib zu 750 gr	M 5.15
1 100 gr-Tafelbrötchen	M 0.80
Brot-Mehl 1 Pfund	M 4.15
Zwieback 150 gr	M 2.70

Baden-Baden, den 13. Februar 1922.
Der Stadtrat.

Geschäfts-Eröffnung.
Der verehrlichen Einwohnerschaft von Karlsruhe und Umgebung, sowie meinen werten Nachbarn, Freunden und Gönnern die ergebenste Mitteilung, daß wir das
„Restaurant zum Kronenfels"
Kronenstraße 44, (Fernsprecher 31)
käuflich erworben haben.
Eröffnung mit Schlachtfest Samstag den 18. Februar.
Auch halten wir das schön geräumige Nebenzimmer den Vereinen usw. bestens empfohlen.
Es wird unser Bestreben sein unsere werten Gäste aufs beste zu bedienen und empfehlen unsere
gut bürgerliche Küche, ff. Felsbiere und selbstgepflegte Ia Weine.
Um geneigten Zuspruch bitten
Theodor Ruf, Wirt und Weinhandlung
früher zum „Walfisch. 2615

Voranzeige! Samstag, 18. Februar nachmittags 4 Uhr

Eröffnung der Apollo-Lichtspiele

Marienstraße Nr. 16.

Größtes Lichtspieltheater am Platze. 2608

Beachten Sie das Inserat in der Samstag-Ausgabe.

Radfahrerverein „Vorwärts" Karlsruhe

Am **Samstag, den 18. ds. M., abends 7 Uhr,** findet in den brillant beleuchteten Räumen des Gasthauses zum **„Albtal"**, Ettlingerstraße, unser

Familien-Abend

verbunden mit humoristischen Vorträgen und **Tanz** statt, wozu wir unsere Mitglieder, sowie Freunde und Gönner des Vereins freundlich einladen. Narrenkappen obligatorisch. Masken haben keinen Zutritt.
2616 **Der Vorstand.**

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verwandter Berufsgen.

Einladung
zur
Feier des 30jähr. Jubiläums
der Zahlstelle Karlsruhe
am **Sonntag, den 10. Februar 1922 nachmittags 3 Uhr**
im großen Saale des **Kühlen Krug**
unter gefl. Mitwirkung des
Herrn Dir. H. Blum (Lustigen Drei) von der Volksbühne Karlsruhe u. d. Arbeiter-Gesangvereins „Gem. Chor Bruderbund"
Festrede vom Bezirksleiter Wilhelm Schmutz aus Mannheim.
Ehrung für 25jährige Verbandsmitgliedschaft.
Enthüllung der Gedenktafel für die im Weltkrieg gefallenen Kollegen.

Grosser Fest-Ball.

Festbuch obligatorisch (erhältlich bei allen Vertrauensleuten). 2576
Eintritt und Tanzen frei.
Die Festkommission.

Anzüge u. Stoffe

kaufen Sie immer gut und äußerst preiswert bei
Krause & Baitsch, Waldstr. 11.

Rastatter Anzeigen.

Das Aufästen der an öffentliche Wege grenzenden Bäume und Sträucher betreffend.

Die Eigentümer der an öffentlichen Wegen stehenden Bäume und Sträucher haben die in den Luftraum über dem Wegkörper hineinragenden Aeste bis zum 1 April 1922 gemäß § 27 des Straßengesetzes soweit zurückzuschneiden, als es im Interesse des ungestörten Straßenverkehrs notwendig erscheint.

Diejenigen, welche der Aufforderung bis zur festgesetzten Zeit nicht entsprechen, haben neben Bestrafung die Ausführung der Arbeit auf ihre Kosten zu gewärtigen.

Rastatt, den 11. Februar 1922. 332
Das Bürgermeisteramt.

Paul Mühlenhaupt

Delikatessen und Lebensmittel
Kapellenstr. 3 Rastatt Telephon 526
Große Auswahl in
nord- und süddeutschen Wurstwaren
Aufschnitt – Wild und Geflügel
geräucherte Fische u. Fischmarinaden
Eier – Butter – Käse
Wein – Kognak – Liköre
Tee – Kakao – Kaffee – Keks
Pumpernickel u. Roggenschrotbrot

Anzüge, Ueberzieher

Ulster, Lodenmänt., feldgr. Mäntel, Röcke, Hosen, auch Streifen, **Drilchanzüge, Tam.-Kleider, Blusen u. Mäntel, Schuhwaren u. Socken** kaufen Sie stets billig bei 2585
Axelrad, Eisenweinstraße 32 II.

Städt. Fuhrleistungen

Die Fuhrleistungen im Bereich der städtischen Fuhrverwaltung sollen auf 1. April ds. Js. neu vergeben werden.

Angebote sind unter Verwendung der entsprechenden Vordrucke verschlossen und mit der Aufschrift „Fuhrleistungen" längstens **Donnerstag, d. 2. März, vormittags 10 Uhr,** bei uns einzureichen.

Bedingungen und Angebotsvordrucke liegen in unserem Dienstzimmer Nr. 99 zur Einsicht bezw. zur Abgabe auf. 336

Karlsruhe, 16. Febr. 1922.
Städt. Tiefbauamt.

Dauerwäsche

wird schnell und gut repariert, ebenso alle Art **Haarschmuck.** 2584
Schützenstr. 53, Laden.

Mandolinen- und Touristen-Verein Edelweiss

gegründet 1. Mai 1913

Kostüm-Ball

En lustiger Bummel uff der Alm

Samstag, 18. Februar, im Saale des Rest. „Grünwald", Rüppurrerstr. 2, Haltestelle der Straßenbahnlinie 5 und 6.
Ballmusik: Streichorchester Norma.
Saaleröffnung 7 Uhr — Anfang 8 Uhr.
Freunde und Gönner herzlich willkommen. 2605 **Das Komitee.**

Schirm-Reparaturen

aller Art werden schnell, fachmännisch u. billig ausgeführt bei 2611
W. Kretschmar Nachfolger
Karlsruhe. Schirmfabrik. Kaiserstr. 82a.

FESTHALLE

Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 1/4 4 Uhr:
„Humor und Kunst." Ein lustiges Konzert, ausgeführt von der Harmoniekapelle unter Mitwirkung von **H. Endlein** (Heitere Vorträge zur Laute und am Flügel), und **Anni Heuser** (Tänze).
Mitglieder des Bad. Landestheaters.
Eintritt: 5 Mk. (Abonnenten), 6 Mk. (Nichtabonn.). Kinder zahlen volle Preise. An der Tageskasse je 50 Pfg. Zuschlag.
Vorverkauf: Verkehrsverein, Kiosk beim Hotel Germania und Stadtgartenschalter. 335

Festhalle Karlsruhe.

Samstag, den 18. Februar, abends 7 1/2 Uhr:

„Winzertag auf Istein"

Künstlerische Aufführungen: „Der Sieg des Isteiners". (Mitglieder des Badischen Landestheaters).
Leitung: Oberspielleiter Hans Lange. Dekorationen von Theatermaler Emil Burkard — in Verbindung damit:

Winzer-Ball.

Preiskrönung der schönsten und eigenartigsten Einzelkostüme und Gruppen (diese aus mindestens 3 Personen bestehend): 3 Herren-, 3 Damen-, 3 Gruppenpreise (insgesamt 50 Flaschen Isteiner 1920 aus dem städt. Rebgut Istein). — Preisverteilung: 12 Uhr. **Im kleinen Saale:** „Weinstube zum Isteiner Klotz". Tanz- und pantomimische Vorführungen. **Im Nebenzimmer:** Markgräfler Weinlaube und Diele. **Eintritt:** (einschließlich Einlaßgeld und Lustbarkeitssteuer): Saal und Galerie 25 M, Balkon I. u. II. Reihe numeriert 30 M, Zuschlag für den Kleinen Saal und die „Weinlaube" 5 M. Abendkasse: Saalkarte 30 M. **Vorverkauf** vom 15. bis 18. Febr., mittags 12 Uhr bei: Kaufmann E. Flüge, Kaiserstraße 51; Zigarrenhäuser Pfeiffer, Kaiserstr. 74 u. H. Meyle, Kaiserstr. 141, Odeon-Musikhaus, Kaiserstr. 175, Verkehrsverein, Kaiserstr. 158, Kiosk beim Hotel Germania und Schalterkasse des Stadtgartens. Bei letzterer auch Abgabe der Balkonkarten und — bis Freitag abend 6 Uhr — Vormerkungen auf belegte Tische im großen und kleinen Saal (50 M) und Stühle (5 M) — Masken ausgeschlossen.

---

1. Athl. Sport-Klub
Germania-Sportfreunde Karlsruhe.

Geschäftsstelle: Kapellenstr. 12
Lokal: „Grüner Baum" am Durlachertor.
1612

Am Samstag, den 18. Febr., abends 1/2 8 Uhr, findet im Lokal zum ‚Grünen Baum' unsere

Monats-Versammlung

statt. Die Aktiven sowie Passiven werden gebeten, in Anbetracht der Wichtigkeit (Jubiläums - Wettkämpfe) vollzähl. zu erscheinen
Sonntag, den 19. Febr., abends 7 Uhr
Zusammenkunft
im „Löwenrachen"
Der Vorstand.

Auf Teilzahlung

erhalten Sie
komplette Möbel-Einrichtungen und einzelne Möbel unter günstigen Zahlungsbedingungen von großer Möbelfirma bei reellster Bedienung und strengster Verschwiegenheit. Angebote unter Nr. 2385 an das Volksfreundbüro erbeten.

Felle

Kanin
Feldhasen
Marder
Füchse
Iltis
Wiesel
Maulwurf
kaufen jedes Quantum
J. Lupolianski & Co.
Zähringerstr. 28, II.
Telephon 1446

Kropf dicken Hals und Blähhals entfernt **Eichheimer-Balsam, Marke Sagitta.** Tausende von Anerkennungen bezeugen die überraschend gute Wirkung. Vollkommen unschädlich. Kann unauffällig angewandt werden, da er nicht fettet und nicht färbt. Glas 20 Mk.
Zu beziehen durch 1070
Internationale Apotheke in Karlsruhe.

Residenz-Lichtspiele

Waldstraße 30 Telephon 5111

Spielplan
von Samstag, den 18., bis einschließl. Dienstag, den 21. Februar 1922.

Trix

Der Roman einer Millionenerbin.
6 Akte.
Nach dem Roman von E. v. Adlersfeld
In der Hauptrolle:
Lya Mara, Johannes Riemann, Wilhelm Dingelmann.

Die Revolution in Krähwinkel
Lustspiel in 2 Akten.
In der Hauptrolle:
HANSI HESCH.

Nur in den Nachmittags-Vorstellungen:
Atlas, der Gewaltige
II. Teil.
Der verräterische Handschuh.

Voranzeige.
Die brennende Akrobatin.
7 Akte.
In der Hauptrolle: **Lee Parry.**

Karlsr. Athleten-Gesellschaft e. V.

(Gegründet 1897).

Sonntag, den 19. Febr., im Saale des „Schrempp'schen Bierkeller", Beiertheimer Allee 16—18

Großes Kostümfest

(Trachtenfest im Bad. Musterländle)

Mitglieder, Freunde u. Gönner des Vereins sind freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.
Mitgl.-Ausweis vorzeigen. 2614

Dr. Roth
hat seine Praxis wieder aufgenommen 1165

Ernste u. heitere, aber immer von frischem Sturmgeist, von köstlichem Humor durchwehte Schilderungen einer Proletarierjugend
Preis 6.— Mark + 20% Teuerungszuschlag
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung der Soz. Partei Karlsruhe
Adlerstraße 16.

Ata

Henkel's Scheuerpulver
putzt reinigt Alles!

Ata eignet sich für **alle Küchengeräte** besonders auch für **Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.**
Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf.

Preis das Paket Mk. 1.50

Montag, 20. Februar abends 1/2 8 Uhr
Grosser Chemiesaal der Techn. Hochschule
Vortrag mit Lichtbildern von **Paul Paschen**
Die menschliche Stimme
Wirkungsweise und Missbrauch
Karten zu Mk. 8.20 u. Mk. 4.60 einschl. Steuer) in der Musikalienhandlung
Fritz Müller.

Auf zur ersten großen Hardtschau!

Große Allgemeine
Kaninchen-Ausstellung

am Samstag, den 18. und Sonntag, den 19. Februar, im Gasthaus zum „Schwanen" in
Blankenloch
verbunden mit **Glückshafen.** Günstige Kaufgelegenheit. Um zahlreichen Besuch bittet [1159
Die Ausstellungsleitung.

Auf 1. März suchen wir eine zuverlässige
Zeitungs-Trägerin
für die **Weststadt.**
Geeignete Bewerberinnen wollen sich bei uns melden.
Geschäftsstelle des „Volksfreund"
Luisenstraße 24.

Durlacher Anzeigen.

Arbeiter-Radfahr.-Bund „Solidarität" Durlach.

Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet im „Grünen Hof" unsere

Winter-Feier

mit **Gaben-Verlosung, sportl. Darbietungen und Tanz** [1162
statt. Eintritt frei. Zum zahlreichen Besuche ladet hiermit ergebenst ein **Der Vorstand.**

Verein für Homöopathie u. Naturheilkunde Durlach.

Am **Samstag, den 18. ds. Mts., abends 1/2 8 Uhr,** findet im Lokal zur „Traube" unsere

Monats-Versammlung
mit Lichtbilder-Vortrag

statt, wozu unsere werten Mitglieder, Kursteilnehmer sowie Interessenten freundlichst einladet 1163
Der Vorstand.

Turngemeinde Durlach.

Am **Samstag, den 18. ds. Mts., abends 6.61 Uhr,** findet in der Festhalle unser

Kostümball
(buntfarbig. Sommerfest)
statt. [1161
Eintrittskarten für Nichtmitglieder und Mitglieder werden nur am Saaleingang gelöst. — Für Mitglieder ist das Mitbringen d. Mitgliedsbuches unbedingt erforderlich.
Saalöffnung 6.31. Der Turnrat.